



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK  
EUROSYSTEM

# STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab, die – erweitert – auch auf der OeNB-Website abrufbar sind.

**Medieninhaber und Herausgeber** Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien  
Postfach 61, 1011 Wien  
www.oenb.at  
statistik.hotline@oenb.at  
Tel. (+43-1) 40420-5555  
Fax (+43-1) 40420-5499

**Schriftleitung** Johannes Turner, Gerhard Kaltenbeck, Michael Pfeiffer, Eva-Maria Springauf

**Koordination** Isabel Heß, Patrick Thienel

**Redaktion** Karin Fischer, Susanne Pelz, Rita Schwarz

**Grafische Gestaltung** Peter Buchegger

**Layout und Satz** Walter Grosser, Susanne Neubauer, Birgit Vogt

**Druck und Herstellung** Web- und Druck-Service der OeNB

**DVR 0031577**

© Oesterreichische Nationalbank, 2012. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.



# Inhalt

## Editorial

## Kurzberichte

Großkredite an nichtfinanzielle Unternehmen deutlich niedriger verzinst	8
Die Meldung zu neu vergebenen Fremdwährungskrediten österreichischer Kreditinstitute	10
Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors im dritten Quartal 2011	13
Nationale Verschuldung – ein globales Anliegen?	17

## Analysen

Executive Summaries/Übersicht	22
Auslandsgeschäft als Stütze des Bilanzsummenanstiegs	
Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen in den ersten drei Quartalen 2011	24
<i>Christian Probst, Norbert Schuh</i>	
Finanzierungsbedingungen der Banken und Unternehmen leicht verschlechtert	
Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2012	33
<i>Walter Waschiczek</i>	
Gesetzliche Grundlagen und wesentliche Entwicklungen der Zahlungsinstitute	38
<i>Andreas Schicho</i>	

## Daten

Tabellenübersicht	D 2
1 OeNB, Eurosystem und Monetärindikatoren	D 6
2 Zinssätze und Wechselkurse	D 18
3 Finanzinstitutionen	D 29
4 Wertpapiere	D 68
5 Zahlungsmittel und Zahlungssysteme	D 71
6 Preise, Wettbewerbsfähigkeit	D 74
7 Realwirtschaftliche Indikatoren	D 80
8 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	D 94
9 Außenwirtschaft	D 110
10 Internationale Vergleiche	D 120
Erläuterungen	D 135
Index	D 151

## Hinweise

Übersicht zu Statistiken – Daten & Analysen	H 2
Periodische Publikationen	H 5
Adressen	H 6

# Editorial

*Liebe Leserinnen und Leser!*

*In der Ihnen vorliegenden Ausgabe der statistischen Quartalspublikation der Oesterreichischen Nationalbank, „Statistiken – Daten & Analysen“, finden Sie wieder Beiträge zu ausgewählten Themenbereichen der Finanzstatistik.*

*In dem regelmäßig erscheinenden Beitrag über die wesentlichen Entwicklungen im inländischen Finanzwesen berichten die Autoren über die ersten drei Quartale 2011. Der unkonsolidierte Bilanzsummenstand überstieg erstmals seit dem dritten Quartal 2010 wieder die Grenze von 1.000 Mrd EUR. Das Bilanzsummenwachstum ging vorwiegend auf Transaktionen mit ausländischen Kreditinstituten zurück. Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen ist weiter gestiegen. Das Einlagenwachstum war primär von Pensionskassen und Versicherungen geprägt.*

*Eine weitere Analyse befasst sich mit dem Zahlungsdienstegesetz, das die sogenannte Zahlungsdiensterichtlinie 2007/64/EG umsetzt. Diese bildet den rechtlichen Rahmen für den einheitlichen Zahlungsverkehr im Europäischen Wirtschaftsraum und führt eine neue Kategorie von Zahlungsdienstleistern – die sogenannten Zahlungsinstitute – ein. Unter bestimmten Aufsichts- und Konzessionsbestimmungen können dadurch erstmals auch Nichtbanken Zahlungsdienstleistungen erbringen.*

*Die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft werden Ihnen wie gewohnt in einem weiteren Beitrag präsentiert. Während es seitens der Banken im vierten Quartal 2011 zu einer leichten Anhebung ihrer Kreditvergaberichtlinien für Unternehmenskredite kam, blieben die Kreditstandards für Haushaltsfinanzierungen hingegen stabil. Für das erste Quartal 2012 erwarten die Umfrageteilnehmer eine Fortsetzung dieses Trends.*

*Verschiedene Kurzberichte sowie das ausführliche aktuelle Datenset ergänzen das vorliegende Heft.*

*Seit November 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die OeNB Statistik-App unterstützt die marktüblichen Betriebssysteme Android und iOS. Der kostenlose Vertrieb erfolgt über die Marktplätze iTunes und Android Market. Die App wird auf der OeNB-Homepage unter <http://app.oenb.at> präsentiert. Zu den wichtigsten Funktionen der App zählen die grafische und tabellarische Darstellung von Daten, eine Favoritenverwaltung sowie der Zugriff auf die gefragtesten Zeitreihen. Die Ausweitung des elektronischen Datenangebots ist insbesondere auch vor dem Hintergrund der OeNB-internen Strategie der Reduktion des Tabellenteils in dieser Print-Publikation zu sehen. Für Ihre Anmerkungen und Bewertungen steht Ihnen der App-Markt, aber auch unsere Hotline gerne zur Verfügung.*

*Wir hoffen, Ihnen mit dieser Ausgabe von „Statistiken – Daten & Analysen“ wieder interessante Informationen zur österreichischen Finanzwirtschaft zu liefern und wollen Sie darauf hinweisen, dass alle Artikel und Tabellen auch elektronisch auf unserer Homepage unter <http://statistik.oenb.at> zum Download zur Verfügung stehen.*

*Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, 01/40420-5555 oder [statistik.hotline@oenb.at](mailto:statistik.hotline@oenb.at).*

*Das nächste Heft „Statistiken – Daten & Analysen Q2/12“ erscheint Ende April 2012.*

Johannes Turner  
Gerhard Kaltenbeck  
Michael Pfeiffer  
Eva-Maria Springauf



# Kurzberichte

Redaktionsschluss: 16. Jänner 2012

# Großkredite an nichtfinanzielle Unternehmen deutlich niedriger verzinst

Gunther Swoboda<sup>1</sup>

Als Folge der EZB-Leitzinsreduktion (um 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 % im November 2011) kam es im Berichtsmontat November bei den Kundenzinssätzen für neu vergebene Kredite und Einlagen an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen vorwiegend zu Reduktionen, wobei diese analog zu den Geldmarktsätzen (der Drei-Monats-EURIBOR sank gegenüber dem Vormonat um 0,09 Prozentpunkte auf 1,49 %) mit wenigen Ausnahmen nicht an jene des EZB-Leitzinssatzes heranreichten.

Bei neu vergebenen Krediten gab es lediglich bei Unternehmenskrediten mit Volumen über 1 Mio EUR einen massiven Rückgang. In dieser Kategorie sank der Durchschnittzinssatz um 0,22 Prozentpunkte auf 2,51 %, womit der Wert aber noch immer um 0,35 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des Vorjahres lag. Mit abnehmender Kredithöhe reduzierte sich der Zinsvorteil, den Unternehmen aus der Leitzinsreduktion ziehen konnten, deutlich. So betrug der Rückgang bei Unternehmenskrediten bis 1 Mio EUR gegenüber dem Vormonat lediglich 0,05 Prozentpunkte. Der entsprechende Zinssatz lag mit 2,98 % um 0,41 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des Vorjahres. Noch weniger konnten im November Einzelunternehmer von den Leitzinsreduktionen profitieren. Der Durchschnittzinssatz blieb gegenüber dem Vormonat unverändert bei 3,42 % und lag damit 0,50 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Bei privaten Haushalten wurde die Leitzinsreduktion im November nur zu einem relativ kleinen Teil an die Kun-

den weitergegeben. Der Zinssatz für Wohnbalkredite sank um 0,07 Prozentpunkte auf 2,97 %. Bei Konsumkrediten war der Rückgang zwar mit 0,16 Prozentpunkten deutlich stärker, allerdings ging der Großteil der Reduktion (rund 0,13 Prozentpunkte) auf eine einzelne Bank zurück, die eine Aktion mit günstigeren Zinssätzen im Bereich der Kfz-Finanzierung anbot. Der entsprechende Abstand zu den Vergleichswerten des Vorjahres war bei den Zinssätzen für Kredite an Private mit 0,15 Prozentpunkten (Konsumkredite) bzw. 0,31 Prozentpunkten (Wohnbalkredite) jedenfalls geringer als bei den Zinssätzen an Unternehmen.

Trotz der starken Anhebungen für Spareinlagenzinssätze zum Weltspartag im Oktober 2011 gab es im November bei den Zinssätzen für neue Spareinlagen privater Haushalte nur sehr geringe Rückgänge zu verzeichnen, die hinter jenen im Kreditbereich zurückblieben. So reduzierten sich die Zinssätze für kurzfristige Spareinlagen (bis 1 Jahr) nur marginal (um 0,01 Prozentpunkte) und lagen mit 2,05 % nicht weniger als 0,79 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des Vorjahres. Nur unwesentlich stärker (um 0,02 Prozentpunkte) reduzierten sich die Zinssätze für Spareinlagen von 1 bis 2 Jahren, die mit 2,27 % immerhin 0,53 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des Vorjahres lagen. Die stärksten Reduktionen gab es bei den Zinssätzen für langfristige Spareinlagen (über 2 Jahre Bindungsfrist), die um 0,06 Prozentpunkte sanken, mit 2,57 % aber immerhin noch 0,41 Prozentpunkte über dem Wert von November 2010 lagen.

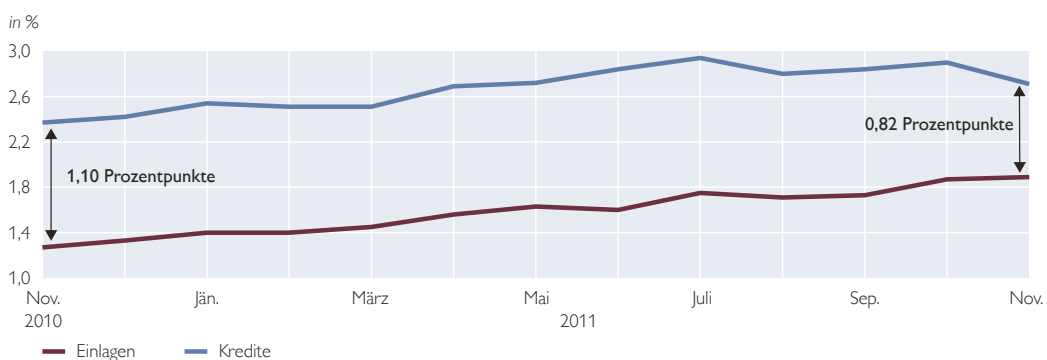
<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik, [gunther.swoboda@oenb.at](mailto:gunther.swoboda@oenb.at).

Die unterschiedlich ausgeprägte Weitergabe der Leitzinsänderungen bei Einlagen bzw. Krediten sorgte für einen deutlichen Rückgang der Neugeschäftspanne, die mit 0,82 Prozent-

punkten erstmals im Jahr 2011 unter die 1-Prozent-Marke sank und den niedrigsten Wert seit mehr als zwei Jahren (Oktober 2009) erreichte.

Grafik 1

### Zinsspanne<sup>1</sup> im Neugeschäft mit privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem Durchschnittszinssatz für neu vergebene Kredite und jenem für neue Einlagen.

# Die Meldung zu neu vergebenen Fremdwährungskrediten österreichischer Kreditinstitute

Christian Sellner<sup>1</sup>

## 1 Grundsätzliches

Fremdwährungskredite waren in Österreich eine sehr beliebte Finanzierungsart. Zinssatzunterschiede und Wechselkursentwicklungen führten im Vergleich zu einer Euro-Finanzierung zu günstigeren Finanzierungskosten für den Kreditnehmer. Private Haushalte nutzten die Vorteile vor allem für die Wohnbaufinanzierung. In sehr vielen Fällen wurden die Fremdwährungs-, aber auch Euro-Kredite mit Tilgungsträgern kombiniert. Diese Finanzmarktinstrumente sollen am Ende der Laufzeit den aufgenommenen Kreditbetrag abdecken. Sowohl die Wechselkurse als auch die Zinsen entwickelten sich jahrelang zumeist positiv für die Kreditnehmer und somit wurden die Risiken dieser Finanzierungsmöglichkeit in Kauf genommen. Seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 kam es allerdings zu gravierenden Verschlechterungen für die Kreditnehmer.

Im März 2010 wurden von der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) durch die Erweiterung der Mindeststandards zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern strengere Regeln für die Vergabe von Fremdwährungskrediten beschlossen. Unter anderem darf eine Neuvergabe von Fremdwährungskrediten nur noch an die in Punkt II der Ergänzung zu den FMA-Mindeststandards zur Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern (FMA-FXTT-EMS) definierten Personengruppen erfolgen. Zu diesem Personenkreis zählen Personen mit ausreichend währ-

rungskongruentem Einkommen bzw. Kreditnehmer mit anderen währungskongruenten Einnahmen (z. B. CHF-Anleihen) und Personen bester Bonität.

Um die Einhaltung dieser Ergänzung zu den FMA-Mindeststandards zur Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern vom 22. März 2010 (FMA-FXTT-EMS) überprüfen zu können, wurde mit dem vierten Quartal 2010 eine neue Meldung zur Kreditneuvergabe an inländische private Haushalte eingeführt. Aus Konsistenzgründen erfolgt die Meldung im Rahmen der VERA A3d Fremdwährungskreditstatistik – diese ist Teil des Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises (VERA). Dieser bildet eine zentrale Meldung im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Meldewesens und basiert auf § 74 Abs. 1 und 7 BWG sowie auf der Verordnung der FMA zur Durchführung des Bankwesengesetzes (VERA-V). Die Fremdwährungskreditstatistikmeldung beruht auf der Anlage A3d der VERA-V und wird vierteljährlich zum Quartalsende unkonsolidiert gemeldet.

Die Fremdwährungskreditstatistik ist eine Vollerhebung aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute. Meldepflichtig sind Kreditinstitute gemäß § 1 Abs. 1 BWG. Zum Berichtstermin September 2011 waren 811 Kreditinstitute meldepflichtig.

## 2 Inhalt der Meldung

Kreditinstitute haben vierteljährlich ihre im entsprechenden Quartal neu vergebenen Kredite bzw. neu eingeräumten Rahmen in Euro und Fremdwährung an private Haushalte zu mel-

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik, christian.sellner@oenb.at.

den. Nicht umfasst von dieser Meldung sind Kredite an freiberuflich Tätige und selbstständig Erwerbstätige (es sei denn, diese handeln als Verbraucher im Sinn des § 1 Abs. 1 KSchG) sowie an private Organisationen.

Die Neukredite werden sowohl in Summe als auch gegliedert nach Krediten in Euro (EUR), Schweizer Franken (CHF) und japanischen Yen (JPY) erhoben. Im Berichtsquartal anfallende Wertberichtigungen bei neu eingeräumten Krediten sind analog zur Fremdwährungskreditstatistik sowie dem Vermögensausweis A1a entsprechend abzuziehen. Die Neukreditdefinitionen wurden weitestgehend an die Neukreditvergabemeldung der Finanzmarkt-beteiligung Aktiengesellschaft des Bundes (FIMBAG) im Rahmen der Zinssatzstatistik (ZINSSTAT) angelehnt. Unter „Neukredit“ versteht man in dieser Meldung alle zwischen der meldenden Bank und dem privaten Haushalt im abgelaufenen Berichtsquartal neu getroffenen Kreditvereinbarungen. Darunter fallen sämtliche Kredite und Darlehen, die an private Haushalte vergeben wurden, insbesondere Einmalkredite, Barvorlagen, Kredite für Wohnraumbeschaffung und Hypothekarkredite.

Neu eingeräumte Kreditrahmen (verbindliche Kreditzusagen) und Erhöhungen bestehender Kreditrahmen sind ebenfalls zu melden. Bei einer Rahmen-erhöhung ist nur der erhöhte Teil und nicht der neue Gesamtrahmen zu melden.

Prolongationen bestehender Kreditverträge, die automatisch erfolgen und keine Neuverhandlung der Konditionen und Modalitäten des Vertrags erfordern, gelten nicht als Neugeschäft. Ausgenützte Überziehungskredite (auch revolvingende Kredite bzw. Kontokorrentkredite) sind nur dann zu melden, wenn sie einen zuvor eingeräumten Rahmen überschritten haben.

Die Neukredite in Euro und Fremdwährung werden sowohl in Summe als auch in den Kategorien „hievon endfällig“ und „hievon mit Tilgungsträger“ erhoben. Unter der Position „hievon endfällig“ sind jene neuen Kredite bzw. neu eingeräumten Rahmen zu verstehen, deren Tilgung zur Gänze am Ende der Laufzeit erfolgt. Innerhalb dieser Kategorie wird weiters nach Krediten mit und ohne Tilgungsträger unterschieden. Bei Krediten „mit Tilgungsträgern“ dienen Zahlungen des Kreditnehmers zur Bildung von Kapital mithilfe unterschiedlicher Finanzprodukte, wie z. B. einer Lebensversicherung. Am Ende der Laufzeit sollte der angesparte Wert des Tilgungsträgers zur Tilgung des Kreditbetrags dienen.

### 3 Überblick nach den ersten vier Meldeterminen

In den ersten vier Berichtsquartalen pendelte das Volumen der gesamten neu vergebenen Kredite an private Haushalte zwischen 5,3 Mrd EUR und 6,7 Mrd EUR. Der durchschnittliche Anteil an Neukrediten, die nicht in Euro vergeben wurden, lag bei 3,7%. Neu vergebene Tilgungsträgerkredite wiesen einen durchschnittlichen Gesamtanteil von 1,9% aus.

Nach Bundesländern betrachtet war in den ersten vier Quartalen zu erkennen, dass in Vorarlberg 35,7% aller neu vergebenen Fremdwährungskredite gemeldet wurden. Dies ist wahrscheinlich zum Großteil auf die geografische Nähe zur Schweiz zurückzuführen.

Nach Bankensektoren betrachtet war zu erkennen, dass im Volksbankensektor mit durchschnittlich 40,4% die meisten Kredite in Fremdwährungen vergeben wurden.

Die meisten neuen Fremdwährungskredite wurden in Schweizer Franken vergeben. Hier betrug das durchschnittliche Volumen 190,0 Mio EUR.

Das entsprach einem durchschnittlichen Anteil von 88,5 % aller nicht in Euro vergebenen Neukredite.

JPY-Kredite und sonstige Währungen spielten mit einem durchschnittlichen Volumen von 25,0 Mio EUR bzw. 5,3 Mio EUR eine untergeordnete Rolle bei den Neukrediten.

Auffällig ist, dass sowohl bei den neu vergebenen CHF- als auch JPY-Krediten der Anteil der Tilgungsträgerkredite mit durchschnittlich 28,4 % bzw. 29,5 % deutlich unter dem Anteil an den gesamten CHF- und JPY-Krediten lag. Bei den gemeldeten bestehenden Krediten an private Haushalte betrug

der Anteil der Tilgungsträgerkredite an den gesamten CHF- bzw. JPY-Krediten in den letzten vier Quartalen durchschnittlich 74,0 % bzw. 71,8 %. Aus den mitgeschickten Begründungen der Banken ist ersichtlich, dass vermehrt Tilgungsträgerkredite auf normale Ratenkredite umgestellt wurden. Diese Änderung fällt unter die Kategorie „Neuverhandlungen der Kreditvereinbarung hinsichtlich sonstiger Konditionen“. Solche Anpassungen sind in Absprache mit der FMA ebenfalls im Neukreditvergabeteil der Meldung anzugeben.

# Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors im dritten Quartal 2011<sup>1</sup>

## 1 Finanzverhalten des Haushaltssektors

Das verfügbare Einkommen des Haushaltssektors<sup>3</sup> betrug im dritten Quartal 2011 44,3 Mrd EUR, davon konnten die privaten Anleger 3,1 Mrd EUR im abgelaufenen Quartal sparen. In einer Betrachtung auf Jahresbasis<sup>4</sup> machte das verfügbare Einkommen bis zum dritten Quartal 2011 172,5 Mrd EUR aus, dies bedeutete einen nominellen Zuwachs gegenüber dem Vorjahreswert bis zum dritten Quartal 2010 von 4,2%. Allerdings erhöhte sich die Inflation gegenüber 2010 deutlich. In den ersten neun Monaten des Jahres 2011 stieg der Harmonisierte Verbraucherpreisindex von 2,5% auf 3,9%, wodurch sich das real verfügbare Haushaltseinkommen deutlich abschwächte. Die Ersparnisbildung stieg mit einem Jahreswert von 12,7 Mrd EUR bis zum dritten Quartal 2011 um 3,6% gegenüber der Vergleichsperiode 2010. Die Sparquote erreichte damit in dieser kumulierten Betrachtung sowohl 2010 als auch 2011 einen Wert von 7,3%. Allerdings dürfte gemäß den aktuellen Prognosen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) die Sparquote für das gesamte Jahr 2011 bei rund 7,6% bleiben, während sie 2010 8,3% betrug. Für 2012 werden in der aktuellen Dezember-Prognose ein realer Haushaltseinkommenszuwachs von 0,4% (und damit ähnlich niedrig wie 2011) und eine Sparquote in Höhe von 7,3% angenommen.

Die Geldvermögensbildung des Haushaltssektors erreichte im dritten Quartal 2011 mit einem Wert von 2,0 Mrd EUR annähernd das Niveau vom ersten Quartal 2011. In einer Betrachtung auf Jahresbasis betrugen die Finanzinvestitionen bis zum dritten Quartal 2011 12,7 Mrd EUR. Dieser Wert wurde allerdings sehr stark von der Geldvermögensbildung im vierten Quartal 2010 beeinflusst, die sich auf 4,9 Mrd EUR belief. Mit einer Wiederholung eines derart starken Vermögensaufbaus im Schlussquartal ist für 2011 nicht zu rechnen, weshalb die Geldvermögensbildung im gesamten Jahr 2011 – ähnlich der Ersparnisbildung – ein gegenüber 2010 geringeres Wachstum aufweisen dürfte.

Im dritten Quartal 2011 entfiel fast die Hälfte des Vermögensaufbaus auf Einlagen, der starke Zuwachs von Bankanleihen, der noch im ersten Semester tonangebend war, ging im dritten Quartal rapide zurück. Nur 3% der gesamten Geldvermögensbildung wurden in Anleihen investiert. Die privaten Anleger reagierten im dritten Quartal 2011 auf die Kurseinbrüche auf den Aktienmärkten sehr unterschiedlich. Während Aktien weiterhin, wenn auch sehr moderat, netto gekauft wurden (5% der Geldvermögensbildung), wurden Investmentzertifikate – wie bereits im ersten Semester – verkauft. Hier spielt die anhaltende Unsicherheit auf den Anleihemärkten ebenfalls eine Rolle. Eine auf das Niveau der Geldver-

Michael Andreasch<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Redaktionsschluss: 28. Dezember 2011.

<sup>2</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und Finanzierungsrechnung, michael.andreasch@oenb.at.

<sup>3</sup> Private Haushalte einschließlich selbstständig Erwerbstätiger, Einzelunternehmer sowie privater Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, kirchliche Organisationen) einschließlich Privatstiftungen.

<sup>4</sup> Die jeweils letzten vier Quartale zu einem Jahreswert summiert.

mögensbildung stabilisierende Wirkung ging auch im dritten Quartal 2011 von der Erhöhung der Lebensversicherungsansprüche aus, die im aktuellen Berichtsquartal 23 % der Geldvermögensbildung ausmachten. Neben der privaten Vorsorge spielt diese Veranlagungsform aber auch eine entscheidende Rolle als Tilgungsträger für endfällige Kredite (meist in Fremdwährung denominated).

Entsprechend der hohen Bedeutung der Einlagenzuwächse in der Geldvermögensbildung im dritten Quartal 2011 waren die inländischen Banken mit einem Anteil von 63 % der gesamten Finanzinvestitionen erste Zieladresse des Haushaltssektors. Ein Viertel entfiel auf Versicherungen und Pensionskassen.

Das Geldvermögen fiel – trotz der Geldvermögensbildung – aufgrund massiver Bewertungsverluste der handelbaren Wertpapiere im Besitz des Haushaltssektors auf 506,9 Mrd EUR; das waren um rund 2 Mrd EUR weniger als zum Jahresultimo 2010. Die buchmäßigen Kursverluste betragen im dritten Quartal 2011 6,7 Mrd EUR (in den ersten drei Quartalen insgesamt rund 9 Mrd EUR) und resultierten vor allem aus Rückgängen der Bewertungen inländischer Aktienbestände als Spiegelbild der negativen Entwicklung des ATX.

Die gesamte Finanzierung des Haushaltssektors betrug im dritten Quartal 2011 0,9 Mrd EUR als Ergebnis eines moderaten Kreditwachstums der privaten Haushalte, die sich vor allem in Form von Wohnbaukrediten netto weiter verschuldeten, während Konsum-

kredite per saldo abgebaut wurden. Der Aushaftungsstand stieg um 2,7 Mrd EUR gegenüber dem Jahresultimo 2010 – davon 2,4 Mrd EUR aus der Nettoneuverschuldung – auf 166,7 Mrd EUR. Der noch im zweiten Quartal 2011 feststellbare starke Anstieg der Fremdwährungsverbindlichkeiten, insbesondere aufgrund des gestiegenen Wechselkurses des Schweizer Franken gegenüber dem Euro, blieb – nicht zuletzt dank der Ankündigung eines Mindestkurses gegenüber dem Euro durch die Schweizerische Nationalbank am 6. September 2011 – im dritten Quartal 2011 aus.

Der Nettofinanzierungsüberschuss des Haushaltssektors betrug im dritten Quartal 2011 1,1 Mrd EUR bzw. seit Jahresbeginn 5,4 Mrd EUR. Das Nettogeldvermögen<sup>5</sup> fiel im selben Zeitraum um 1,4 % auf 340,2 Mrd EUR.

## 2 Finanzverhalten der nicht-finanziellen Unternehmen

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wuchs bis zum dritten Quartal 2011 weiter an. Die Bruttoinvestitionen der gesamten Volkswirtschaft<sup>6</sup> stiegen auf Jahresbasis um 14,2 % an. Die Unternehmen konnten durch erhöhte Betriebsüberschüsse einen nicht unwesentlichen Teil ihrer realwirtschaftlichen und finanziellen Investitionen aus der Ersparnisbildung inklusive Nettokapitaltransfers finanzieren.<sup>7</sup>

Die Geldvermögensbildung der Unternehmen betrug im dritten Quartal 2011 3,6 Mrd EUR, in den letzten vier Quartalen insgesamt 18,9 Mrd EUR.<sup>8</sup> Im aktuellen Berichtsquartal bestand die Geldvermögensbildung vor allem aus dem Erwerb von – vorwiegend –

<sup>5</sup> Geldvermögen abzüglich der Verbindlichkeiten.

<sup>6</sup> Durchschnittlich entfallen rund 70 % auf den Unternehmenssektor. Statistik Austria publiziert auf Quartalsbasis derzeit keine sektoralen Daten zu realwirtschaftlichen Investitionen in Österreich.

<sup>7</sup> Für eine längerfristige Analyse siehe „7. Kreditbericht der OeNB“ (Dezember 2011).

<sup>8</sup> Ohne die grenzüberschreitenden FDI-Transaktionen inländischer SPEs im Ausmaß von –23 Mrd EUR.

ausländischen Beteiligungen, während Investmentzertifikate verkauft wurden. Bankeinlagen, die im ersten Halbjahr 2011 in Höhe von rund 800 Mio EUR aufgebaut wurden, gingen im dritten Quartal 2011 im gleichen Ausmaß wieder zurück. Das gesamte Geldvermögen des Unternehmenssektors betrug Ende September 2011 445,9 Mrd EUR.

Die Außenfinanzierung über Kapitalströme<sup>9</sup> betrug im dritten Quartal 2011 4,1 Mrd EUR, in den letzten vier Quartalen kumuliert 14,3 Mrd EUR.<sup>10</sup> Unternehmen finanzierten sich im dritten Quartal 2011, wie bereits im ersten Semester, zur Hälfte über aufgenommene Kredite und verzinsliche Wertpapiere. Daneben trugen – zu fast einem Drittel – Eigenkapitalfinanzierungen aus nicht börsennotierten Anteilsrechten zur Außenfinanzierung bei. Die wichtigsten Geldgeber waren die inländischen Banken (35%). Die Finanzierungsströme innerhalb des Unternehmenssektors machten im aktuellen Berichtsquartal rund 21% aus, gefolgt von den Finanzierungen durch die sonstigen Finanzinstitute (20%). Daneben konnten Finanzmittel aus dem Ausland, aber auch von privaten Haushalten aufgebracht werden.

Die Bruttoverpflichtungsposition blieb, trotz eines transaktionsbedingten Aufbaus seit Jahresbeginn in Höhe von 11,6 Mrd EUR (+1,6%), auf dem Niveau des Jahresultimos 2010 in Höhe von 691,2 Mrd EUR. Die Rückgänge in den Bewertungen der vom Unternehmenssektor emittierten börsennotierten Aktien dämpften die Ausweitung der Verpflichtungsposition.

Der Unternehmenssektor hatte im dritten Quartal 2011 zwar einen leicht

negativen Finanzierungssaldo, seit Jahresbeginn 2011 aber kumuliert einen Finanzierungsüberschuss. Der positive Überhang – in gleicher Höhe wie jener des Haushaltssektors – von 5,4 Mrd EUR trug damit wesentlich zum insgesamt positiven Finanzierungssaldo der gesamten Volkswirtschaft bei. Dieser Überschuss (auf Basis von gleitenden Jahreswerten) bestand ohne Unterbrechung seit dem vierten Quartal 2009. Die Nettoposition aus Geldvermögen minus Verbindlichkeiten betrug zum Ultimo September 2011 –245,3 Mrd EUR.

### 3 Indikatoren für den privaten Sektor

Das Geldvermögen des Haushaltssektors in Relation zum netto verfügbaren Einkommen machte zum Ultimo September 2011 rund 294% aus; die Relation zum BIP betrug 170%. Im Durchschnitt betrachtet stieg damit das Geldvermögen im gleichen Ausmaß wie das BIP seit dem Jahr 2006. Die Verpflichtungsposition des Haushaltssektors erreichte zum Ultimo September 2011 einen Anteil von 97% des verfügbaren Einkommens bzw. 56% des BIP. Auch hier war im Durchschnitt ein Wachstum in Höhe des nominellen BIP seit 2006 zu beobachten.

Die Bruttoverbindlichkeiten der Unternehmen betragen zum Ultimo September 2011 231% des BIP, ohne Berücksichtigung der Verbindlichkeiten der inländischen Special Purpose Entities (SPEs) aus grenzüberschreitenden Direktinvestitionsverbindlichkeiten waren es 206%. Seit 2006 wuchsen damit die Verbindlichkeiten im Durchschnitt marginal schneller als die Wirt-

<sup>9</sup> Einschließlich der transaktionsbedingten Erhöhung des Eigenkapitals.

<sup>10</sup> Ohne die grenzüberschreitenden FDI-Transaktionen inländischer SPEs im Ausmaß von –23,7 Mrd EUR.

schaftsleistung. Das Verhältnis von Verschuldung zum Eigenkapital machte Ende September 2011 108 % aus, ohne SPEs allerdings 139 %.

Der im Rahmen der sogenannten „Macroeconomic surveillance scoreboard data“ erhobene Indikator für die

sogenannte private Verschuldung aus Krediten und verzinslichen Wertpapieren des privaten Sektors ergab zum Ultimo September 2011 einen Wert von 162 % des BIP.<sup>11</sup> Auf Basis von konsolidierten<sup>12</sup> Daten betrug der Wert zum selben Stichtag 146 %.

<sup>11</sup> Der derzeit festgelegte Grenzwert liegt bei 160 % des BIP.

<sup>12</sup> Die Konsolidierung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bedeutet das Herausrechnen der intersektoralen Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Unternehmenssektors.

# Nationale Verschuldung – ein globales Anliegen?

## Wirtschaftskrise verhilft Einzelländerdaten zu Hochkonjunktur

Wirtschaftsgemeinschaften, die zur Währungsunion heranwachsen. Produktionsketten, die nach Osteuropa und von dort nach Asien verlegt werden. Multinationale Unternehmen, die den Großteil ihrer Wertschöpfung außerhalb des Heimatmarktes erwirtschaften und dabei manchen Nationalstaat tief in den Schatten stellen. Längst ist die Wirtschaft nationalstaatlichen Grenzen entwachsen. Diese wurden durch die Liberalisierung von Güter- und Kapitalmärkten, zunehmende Mobilität von Arbeitskräften sowie neue Informations- und Kommunikationstechnologien weitgehend aufgelöst. Ist nationales Wirtschaften analytisch noch interessant? Sind Einzelländerstatistiken unter dem Eindruck einer globalisierten Wirtschaft noch zeitgemäß? Diese und ähnliche Fragen waren vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, als der ökonomische Globalisierungstrend ausschließlich steil aufwärts zeigte, vermehrt aufgeworfen worden. Mittlerweile legen Internetrecherchen nach Begriffen wie „Triple A“ oder „Länderisiko“ eine eindeutige Antwort nahe. Bonitätseinschätzungen US-amerikanischer Ratingagenturen, die der europäischen Öffentlichkeit bislang nur eingeschränkt bekannt waren, dominieren nun das Tagesgeschehen in Politik, Wirtschaft und Medien.

Das Phänomen der nationalen Verschuldung ist vor allem deshalb analytisch höchst relevant, weil wesentliche wirtschaftspolitische Kompetenzen entgegen aller Globalisierungstrends weitgehend in der Hand nationaler Staaten verblieben sind. Am Beispiel Europas

betrifft dies die Fiskal- und die Arbeitsmarktpolitik sowie in eingeschränktem Maß die Strukturpolitik. Infolge seines Privilegs zur Einhebung von Steuern genießt der Staat im Vergleich zu anderen Schuldnern ausgezeichnete Kreditwürdigkeit, da er sich theoretisch langfristig unbeschränkt finanzieren kann. In der Praxis wird dieser Zusammenhang durch das regelmäßig wiederkehrende Phänomen zahlungsunfähig gewordener Staaten sowie damit verbundene Kapitalverluste der Anleger jedoch erheblich relativiert. Insbesondere im Währungsverbund reduziert sich die Anzahl der wirtschaftspolitischen Stellhebel für einzelne Mitglieder auf ein Minimum, weshalb Krisen kaum aus eigener Kraft, sondern nur mittels externer Unterstützung zu bewältigen sind.

Gleichzeitig nimmt der Staat durch sein fiskalisches Handeln entscheidenden Einfluss auf die ökonomische Tätigkeit der übrigen Sektoren der Volkswirtschaft. Sparen und Konsum privater Haushalte sind von staatlicher Fiskalpolitik ebenso abhängig wie die Standortwahl und der Geschäftserfolg von Banken und sonstigen Unternehmen. Somit bleiben die statistische Erfassung sowie die Analyse nationaler Wirtschaftstätigkeit – insbesondere jene des Staatssektors – auch künftig höchst relevant, um Fragen der makroökonomischen Koordinierung, des nationalen Interessenausgleichs sowie des fairen Wettbewerbs beantworten zu können. Selbst vergleichsweise hochintegrierte Wirtschaftsgemeinschaften wie jene des Euroraums kommen nicht

Matthias Fuchs<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und Finanzierungsrechnung, [matthias.fuchs@oenb.at](mailto:matthias.fuchs@oenb.at).

umhin, ihre wirtschaftspolitische Strategie unter Rücksichtnahme auf einzelstaatliche Spezifika auszurichten, wenn sie globale Schuldenkrisen unter dem Dach einer gemeinsamen Währung bei gleichzeitig weitgehend fiskalischer Autonomie der Mitgliedstaaten erfolgreich lösen wollen. Am Beispiel der Rolle Griechenlands im Verlauf der europäischen Schuldenkrise wurde deutlich, dass der statistische Informationsbedarf über ökonomische Peripherieländer unter dem Eindruck der Globalisierung sogar zugenommen hat, um die aus der enormen Vernetzung entstandenen Wechselwirkungen abschätzen zu können.

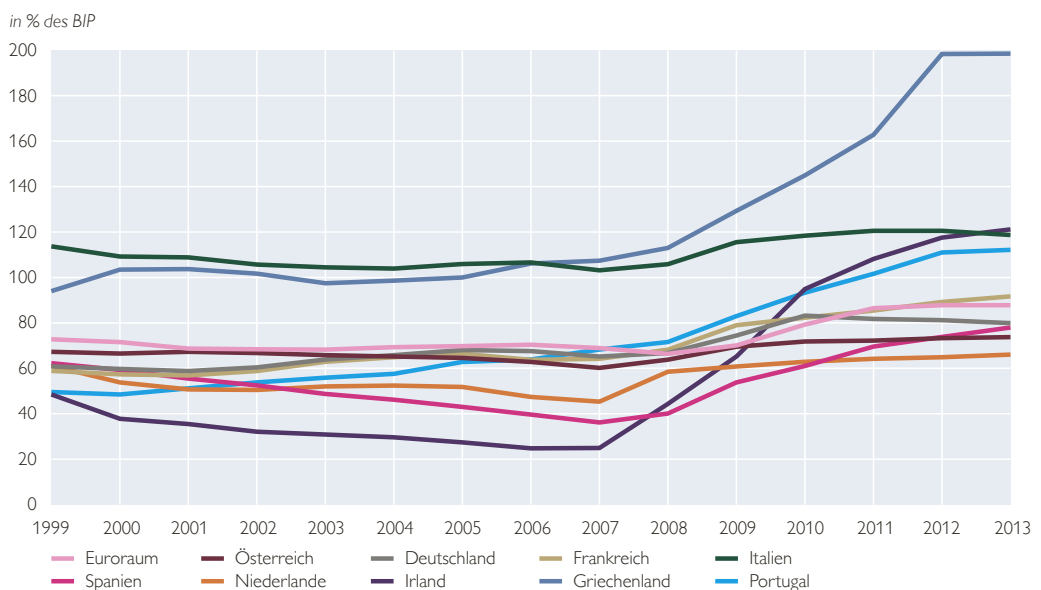
Die Frage der nachhaltigen Verschuldung nationaler Ökonomien rückt vor allem unter dem Eindruck der gegenwärtigen Schuldenkrise wieder verstärkt in den Fokus der wirtschaftspolitischen Aufmerksamkeit und findet Ausdruck in neuen statistischen Lieferverpflichtungen sowie höheren Qualitätsansprüchen internationaler Organi-

sationen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat nationale Statistiken zur Auslandsverschuldung („External Debt“) bereits seit geraumer Zeit in sein verbindliches Lieferprogramm integriert. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) nützt diesen Indikator neuerdings für analytische Zwecke. Für die Europäische Kommission ist die Nettoauslandsverschuldung eine wesentliche Zusatzinformation zur Beurteilung makroökonomischer Ungleichgewichte zwischen verschiedenen Volkswirtschaften.

Inhaltlich zielt die Statistik zur Auslandsverschuldung auf eine umfassende Darstellung von Verpflichtungen mit Schuldcharakter ab. Sie summiert den gesamtwirtschaftlichen Bestand an offenen Krediten, hereingenommenen Einlagen und begebenen verzinslichen Wertpapieren zur Bruttoschuld einer Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland. Verpflichtungen aus Anteilspapieren – z. B. von ausländischen Investoren gehaltene österreichische Aktien und

Grafik 1

### Staatsschuldenquoten ausgewählter Länder des Euroraums



Quelle: Eurostat.

Investmentzertifikate – werden in dieser Betrachtung nicht berücksichtigt. Das Informationsziel liegt damit in der Darstellung der Verschuldungssituation einer Volkswirtschaft im engeren Sinn. Die weiter gefasste Internationale Vermögensposition (IVP) bildet neben Schuldinstrumenten auch Anteilsrechte wie Vermögen aus internationalen Aktien und Investmentzertifikaten sowie Beteiligungen aus Direktinvestitionen oder Währungsreserven ab. Zur Beurteilung der Verschuldungssituation von Entwicklungs- und Schwellenländern, die häufig keine nennenswerten Vermögensaktiva aufweisen, reicht die Bruttobetrachtung der Auslandsschuld häufig aus. Für hochvernetzte Industrieländer mit internationalem Finanzvermögen – wie Österreich – gilt dies selbstverständlich nicht. Deren Verschuldungssituation ist ausschließlich im Zusammenhang mit ihren internationalen Finanzaktiva zu beurteilen.

Wie sich am Beispiel Österreichs zeigt, hat sich die Bruttoverschuldung der meisten Industrieländer seit Mitte der 1990er-Jahre vervielfacht (Grafik 2). Mit rund 630 Mrd EUR lagen Österreichs Verpflichtungen Ende September

2011 beim fünffachen Volumen des Jahres 1997. Portfolioinvestitionen, das sind lang- und kurzfristige verzinsliche Wertpapiere, spielen für die Finanzierung der österreichischen Wirtschaft die zentrale Rolle. Mit rund 350 Mrd EUR entfällt mehr als die Hälfte der gesamten Verpflichtungen auf Zinspapiere, wobei Anleihen des öffentlichen Sektors mit 160 Mrd EUR sowie jene der Banken mit mehr als 130 Mrd EUR die Finanzierung im Ausland dominieren.

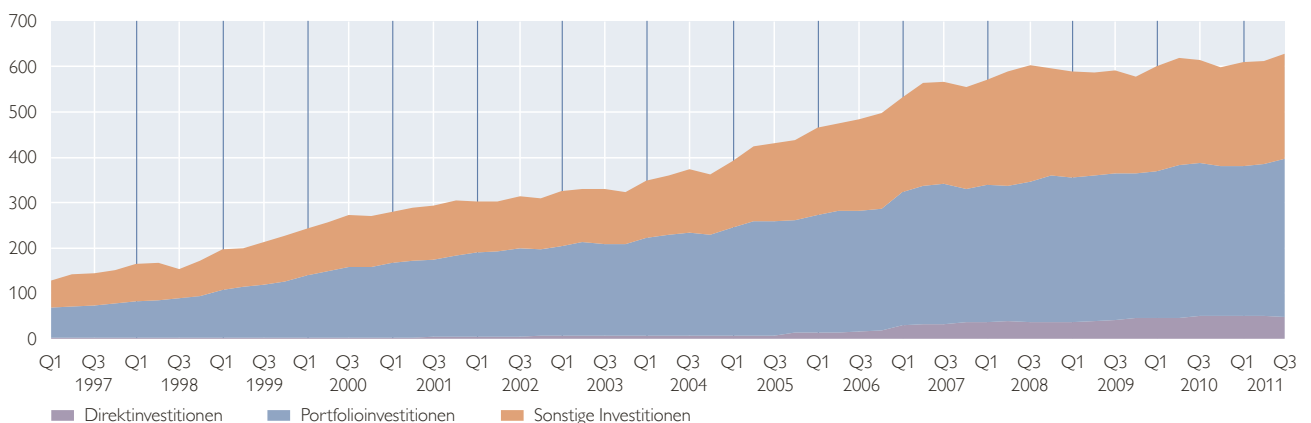
Abgesehen von Wertpapieren wird Österreichs Liquiditätsbedarf im Ausland vor allem durch Kredite und Einlagen gedeckt. Dieses Finanzierungssegment hat sich im selben Zeitraum auf rund 230 Mrd EUR fast vervierfacht, wobei rund 140 Mrd EUR dem Einlagengeschäft der Banken zuzurechnen sind. Inländische Unternehmen hatten Ende September 2011 bei ausländischen Mutter- bzw. Tochterunternehmen Kreditverpflichtungen in Höhe von knapp 50 Mrd EUR.

Umgekehrt verbuchte Österreich gegenüber ausländischen Schuldner Ende September 2011 verzinsliche Finanzforderungen in Höhe von 525 Mrd

Grafik 2

### Österreichs Auslandsverpflichtungen nach Instrumenten, brutto

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

EUR. Davon entfielen 305 Mrd EUR auf Kredite und Einlagen, 193 Mrd EUR auf Wertpapiere sowie 27 Mrd EUR auf Direktinvestitionskredite. Wertpapieranlagen erreichen daher (selbst unter Einrechnung von Aktien und Investmentzertifikaten von rund 55 Mrd EUR gemäß IVP) nicht jene Bedeutung, die sie für die Finanzierung haben.

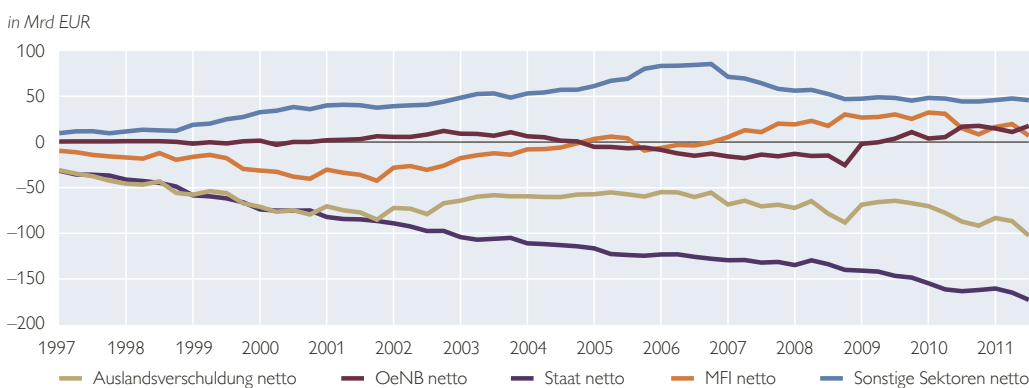
Inländische Banken übernehmen in der Veranlagung sowie in der Finanzierung für Österreich eine Drehscheibenfunktion für ausländisches Kapital. Sie sind jener Sektor mit der intensivsten Auslandsverflechtung, der Liquidität aus dem Ausland an die übrigen Wirtschaftssektoren weiterverteilt bzw. die internationale Veranlagung inländischer Finanzmittel sicherstellt. Der öffentliche Sektor tritt gegenüber dem Aus-

land typischerweise als Nettoschuldner auf. Die sonstigen Unternehmen, insbesondere private Haushalte, nehmen dagegen durchwegs eine Forderungsposition gegenüber dem Ausland ein (Grafik 3).

Per saldo ergaben sich für Österreich Ende September 2011 Nettoauslandsschulden (Forderungen abzüglich Verbindlichkeiten) von 103 Mrd EUR. Das jüngste Anwachsen der Verbindlichkeiten ist vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen. Der seit dem Jahr 2000 relativ stabile Seitwärtstrend der Nettoverschuldung wurde ab 2007 zulasten eines deutlichen Verpflichtungsaufbaus verlassen. Seit 2006 hat sich Österreichs Nettoverschuldung (ohne Anteilsrechte) annähernd verdoppelt.

Grafik 3

### Österreichs Auslandsverschuldung nach Sektoren, netto



# Analysen

# Executive Summaries

## Foreign Transactions Support Total Asset Growth

Total asset growth was mainly due to transactions with foreign banks. Loans to nonfinancial enterprises continued to grow at an accelerated pace. Institutional investors, such as pension

funds and insurance companies, posted the most pronounced deposit growth. Due to volatile markets, investment funds and pension funds have suffered losses.

## Financing Conditions for Banks and Enterprises Slightly Less Favorable

In the fourth quarter of 2011, Austrian banks faced slightly tighter refinancing conditions in the money and debt securities markets as well as in terms of retail funding.<sup>1</sup> Additionally, banks decreased their risk-weighted assets in the second half of 2011 in order to meet the upcoming capital requirements. Both factors – together with altered perceptions of risk reflecting a worsening of expectations regarding general economic activity – led to a slight tightening of credit standards for loans to enterprises, whereas standards for loans to households

remained unchanged. For the first quarter of 2012, banks expect a continuation of this trend: a further slight tightening of standards for corporate loans and unchanged standards for loans to households. Corporate demand for loans fell moderately in the fourth quarter of 2011 while household demand for loans remained stable. For the first quarter of 2012, the banks surveyed expect demand for corporate and household loans to decline marginally.

## Payment Institutions: Legal Framework and Key Developments

The Directive on Payment Services (PSD) provides the legal framework for payments in the European Economic Area (EEA). It aims to improve competition by opening up payment markets to new suppliers and to make cross-border payments as easy and secure as payments within a Member State. In

Austria, there are currently three authorized payment institutions domiciled within the country, and a further 106 payment institutions from other Member States provide payment services in Austria (free movement of services).

<sup>1</sup> At the same time, access to central bank liquidity was eased through a range of nonstandard monetary policy measures.

## Auslandsgeschäft als Stütze des Bilanzsummenwachstums

Das Bilanzsummenwachstum ging vorwiegend auf Transaktionen mit ausländischen Kreditinstituten zurück. Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen beschleunigte sich weiterhin. Das Einlagenwachstum war primär von

institutionellen Anlegern (Pensionskassen und Versicherungen) geprägt. Investmentfonds und Pensionskassen mussten aufgrund der volatilen Märkte Wertverluste hinnehmen.

## Finanzierungsbedingungen der Banken und Unternehmen leicht verschlechtert

Die Refinanzierungsbedingungen der österreichischen Banken auf dem Geld- und Kapitalmarkt und im Kundengeschäft haben sich im vierten Quartal 2011 leicht verschlechtert.<sup>1</sup> Darüber hinaus haben die Kreditinstitute im zweiten Halbjahr 2011, in Reaktion auf die bevorstehenden Änderungen der Eigenkapitalbestimmungen, risikogewichtete Aktiva abgebaut. Beides veranlasste – gemeinsam mit einer konjunkturbedingt veränderten Risikoeinschätzung – die Banken im vierten Quartal 2011 zu einer leichten Verschärfung ihrer Richtlinien für Unternehmenskredite. Für Haushaltsfinanzie-

rungen blieben die Kreditstandards im Berichtszeitraum hingegen stabil. Für das erste Quartal 2012 erwarten die Umfrageteilnehmer eine Fortsetzung dieses Trends: eine weitere leichte Verschärfung der Vergaberichtlinien bei Firmenkrediten, denen stabile Standards für Privatkredite gegenüberstehen. Die Kreditnachfrage der Unternehmen sank im vierten Quartal 2011 geringfügig, während die Nachfrage der privaten Haushalte unverändert blieb. Für das erste Quartal 2012 wird ein leichter Rückgang der Kreditnachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten erwartet.

## Gesetzliche Grundlagen und wesentliche Entwicklungen der Zahlungsinstitute

Die Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Services Directive – PSD) bildet den rechtlichen Rahmen für den einheitlichen Zahlungsverkehr im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Ziel ist es, den Wettbewerb zu verbessern, indem Zahlungsverkehrsmärkte für neue Anbieter geöffnet und grenzüber-

schreitende Zahlungen so einfach und sicher wie Zahlungen innerhalb eines Mitgliedstaats werden. In Österreich gibt es derzeit drei lizenzierte Zahlungsinstitute, aber 106 Zahlungsinstitute aus Mitgliedstaaten sind im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit in Österreich tätig.

<sup>1</sup> Dem stand eine Ausweitung der den Banken im Rahmen der unkonventionellen Maßnahmen der Geldpolitik zur Verfügung gestellten Liquidität gegenüber.

# Auslandsgeschäft als Stütze des Bilanzsummenanstiegs

## Wesentliche Entwicklungen im inländischen Finanzwesen in den ersten drei Quartalen 2011

Christian Probst,  
Norbert Schuh<sup>1</sup>

Das Bilanzsummenwachstum ging vorwiegend auf Transaktionen mit ausländischen Kreditinstituten zurück. Das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen beschleunigte sich weiterhin. Das Einlagenwachstum war primär von institutionellen Anlegern (Pensionskassen und Versicherungen) geprägt. Investmentfonds und Pensionskassen mussten aufgrund der volatilen Märkte Wertverluste hinnehmen.

### 1 Bilanzsumme übersteigt wieder die 1.000 Mrd EUR-Grenze

Der Stand der unkonsolidierten Bilanzsumme überstieg erstmals seit dem dritten Quartal 2010 wieder die Grenze von 1.000 Mrd EUR (1.012,48 Mrd EUR). Dies entspricht einem leichten Anstieg von 33,93 Mrd EUR (+3,5 %) in den ersten neun Monaten 2011. Aktivseitig trugen die Bilanzpositionen Auslandsforderungen (+13,14 Mrd EUR), Forderungen an inländische Kreditinstitute (+11,16 Mrd EUR) und Kassenliquidität (+9,17 Mrd EUR) zu dieser Entwicklung bei. Passivseitig waren die Bilanzpositionen Auslandsverbindlichkeiten (+15,75 Mrd EUR), Verbind-

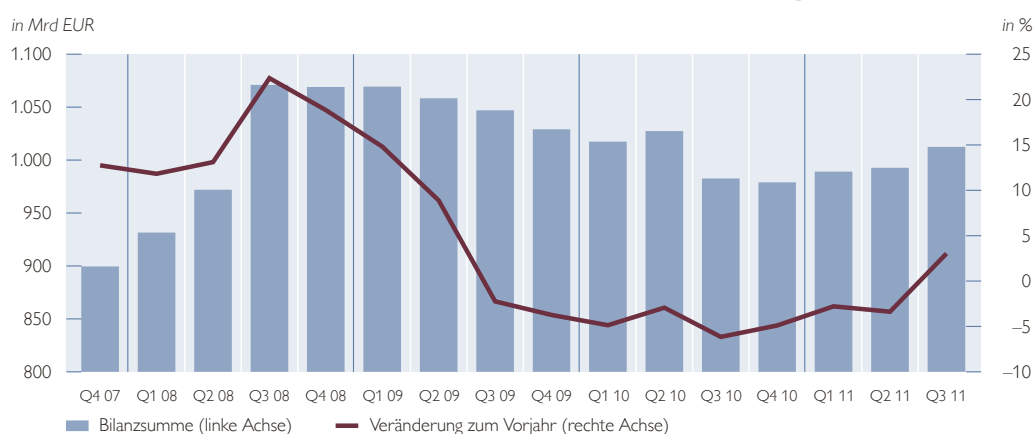
lichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten (+15,16 Mrd EUR) und Einlagen von inländischen Nichtbanken (+7,27 Mrd EUR) hauptverantwortlich.

Bei Betrachtung der aggregierten Bilanzsumme der einzelnen Bankensektoren wiesen mit Ausnahme der beiden Sektoren Sonderbanken (-3,19 Mrd EUR) und Landes-Hypothekenbanken (-2,99 Mrd EUR) alle Bankensektoren Zuwächse auf. Diese reichten von 0,37 Mrd EUR (Bausparkassen) bis 24,42 Mrd EUR (Raiffeisensektor).

Der Raiffeisensektor hielt Ende September 2011 mit 30,6 % (+1,4 Prozentpunkte) Marktanteil gemessen an der Gesamtbilanzsumme den ersten Platz. Da-

Grafik 1

### Unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik, christian.probst@oenb.at, norbert.schuh@oenb.at. Die Autoren danken den Mitarbeitern der Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik für wertvolle Vorarbeiten.

nach folgten die Aktienbanken mit 25,0% (+0,1 Prozentpunkte), vor den Sparkassen mit 16,5% (-0,1 Prozentpunkte).

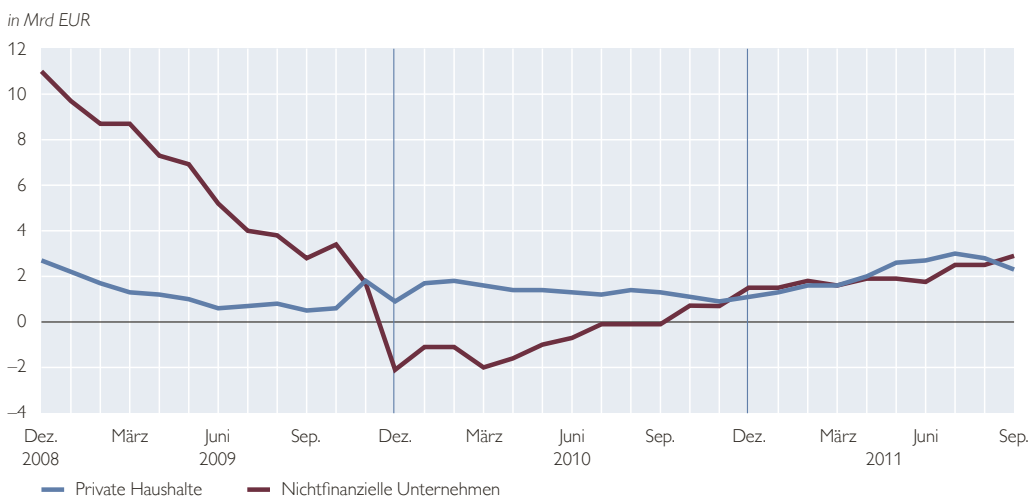
Die Top-Ten-Banken gemessen an der Bilanzsumme erreichten Ende September 2011 ein Niveau von 51,2% (+1,2 Prozentpunkte).

## 2 Kredite an Unternehmen entwickeln sich noch zufriedenstellend

Die um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigten Jahresveränderungswerte des Kreditvolumens an nichtfinanzielle Unter-

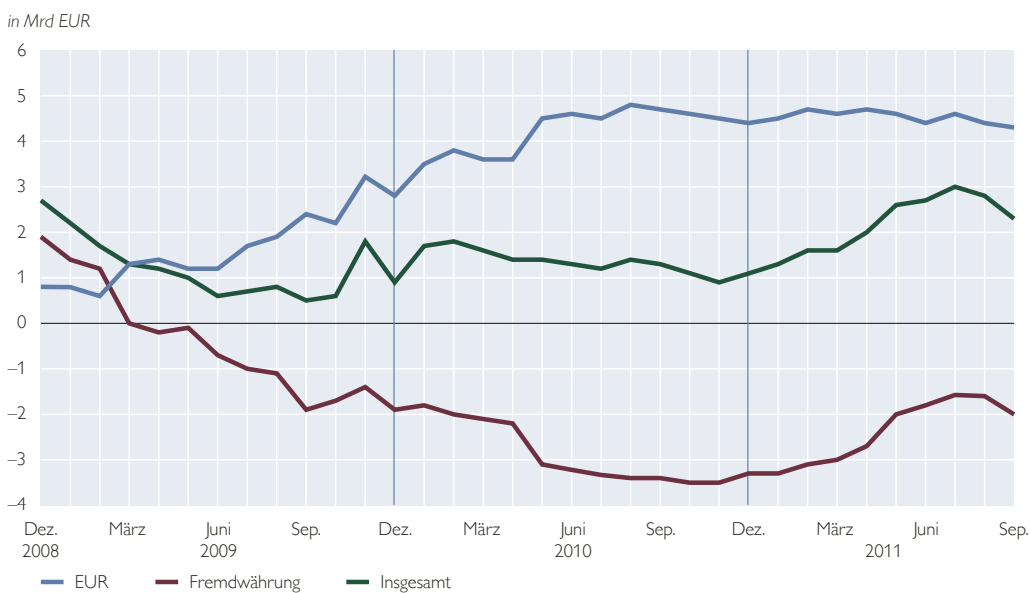
Grafik 2

### Bereinigte Veränderung der Kredite zum Vorjahr



Grafik 3

### Bereinigte Zwölf-Monats-Wachstumsraten der Kredite an private Haushalte



nehmen haben sich im Verlauf des Jahres 2011 von 1,5 Mrd EUR im Jänner auf 2,9 Mrd EUR im September fast verdoppelt. Sie liegen aber trotzdem deutlich unter dem zuletzt beobachteten Höhepunkt von +11 Mrd EUR im Dezember 2008.

Das bereinigte Kreditwachstum der privaten Haushalte, das im Juli 2011 im Jahresabstand mit 3 Mrd EUR seinen Höchststand innerhalb des Jahres 2011 erreicht hatte, ging im September auf 2,3 Mrd EUR zurück, hat sich aber seit Dezember 2010 (+1,1 Mrd EUR) ebenfalls verdoppelt.

Hauptverantwortlich für die Abflachung des Kreditwachstums der privaten Haushalte war die sich im September beschleunigende Rückführung von Fremdwährungskrediten. Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Rückgang der Fremdwährungskredite erhöhte sich im Vormonatsvergleich von 0,4% in den Monaten Juli und August auf 1,1% im September 2011. Im Jahresabstand ging das Fremdwährungskreditvolumen im September 2011 um bereinigte 4,9% zurück.

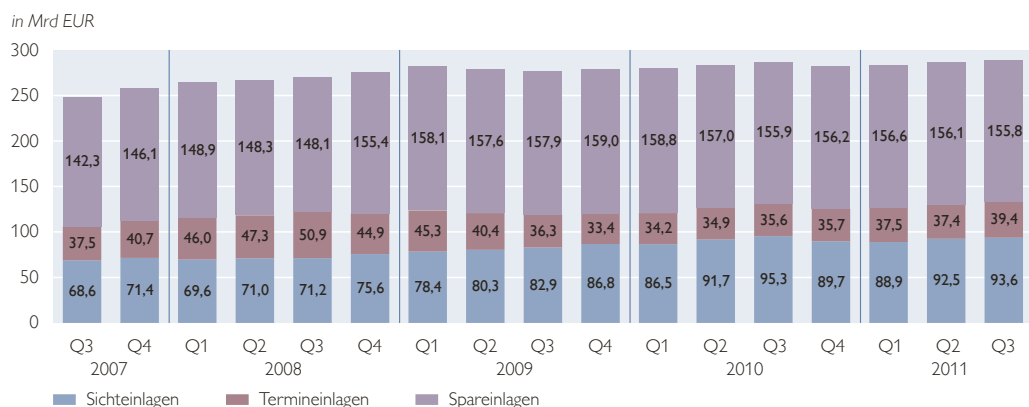
### 3 Einlagenwachstum vor allem durch institutionelle Anleger

Die Gesamteinlagen aller in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute nahmen gegenüber dem Jahresende 2010 um 2,6% (+7,27 Mrd EUR) zu. Der Einlagenstand von 288,83 Mrd EUR verteilte sich zu 54,0% auf Spareinlagen (155,84 Mrd EUR), zu 32,4% auf Sichteinlagen (93,62 Mrd EUR) und zu 13,6% auf Termineinlagen (39,38 Mrd EUR). Das Volumen der Sicht- sowie der Termineinlagen nahm um 3,96 Mrd EUR bzw. 3,71 Mrd EUR zu, im Gegensatz dazu ging der Stand der Spareinlagen um 0,40 Mrd EUR zurück. Das niedrige Zinsniveau bei gleichzeitig attraktiven Angeboten von Direktbanken lässt Sichteinlagen attraktiver erscheinen. Diese wuchsen in den letzten vier Jahren seit September 2007 um 36,4%, während die Spareinlagen im selben Zeitraum nur einen Zuwachs von 9,5% verzeichnen konnten. Damit erhöhte sich der Anteil der Sichteinlagen in dieser Vier-Jahres-Periode um 4,7 Prozentpunkte auf 32,4%, während sich der Anteil der Spareinlagen um 3,4 Prozentpunkte reduzierte.

Das Einlagenwachstum in den ersten neun Monaten 2011 war sektoral mehr-

Grafik 4

#### Einlagen von inländischen Nichtbanken



heitlich auf Nichtbanken-Finanzintermediäre (z. B. Versicherungen und Pensionskassen +3,18 Mrd EUR) zurückzuführen. Auch die Sektoren nichtfinanzielle Unternehmen (+1,86 Mrd EUR) und private Haushalte (+1,39 Mrd EUR) wiesen Gesamteinlagenzuwächse auf.

Allgemein ging der Anteil der Top-Ten-Banken im Bereich der Einlagen leicht von 41,9% auf 41,6% zurück.

#### 4 Zuwächse im Auslandsgeschäft

Der Stand der Auslandsforderungen erhöhte sich in den ersten drei Quartalen 2011 um 4,1% bzw. 13,14 Mrd EUR, jener der Auslandsverbindlichkeiten um 6,6% bzw. 15,75 Mrd EUR. Diese Zuwächse gingen hauptsächlich auf das Interbankengeschäft zurück. Die Forderungen an ausländische Kreditinstitute stiegen um 12,20 Mrd EUR und die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten um 7,48 Mrd EUR. Im Vergleich dazu war beim Kundengeschäft ein Anstieg von 4,39 Mrd EUR (aktivseitig) bzw. 6,68 Mrd EUR (passivseitig) erkennbar.

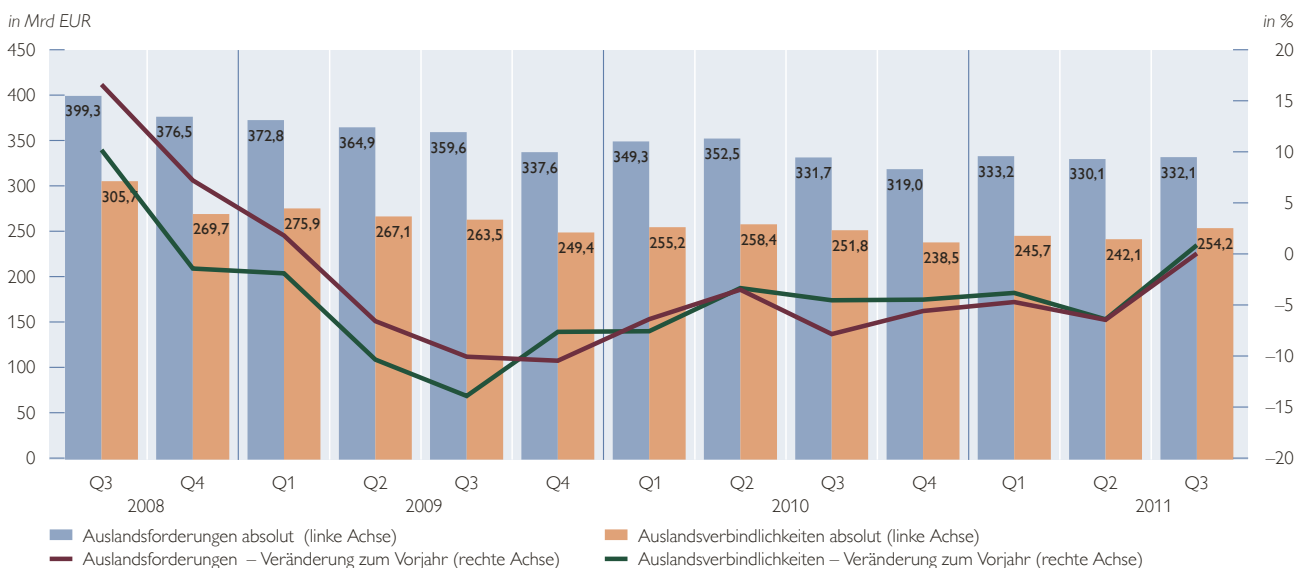
Die Nettoforderungsposition reduzierte sich damit im Verlauf des Jahres 2011 um 2,6 Mrd EUR und lag mit rund 80 Mrd EUR um mehr als ein Viertel (-27,1%) unter dem Höchststand vom vierten Quartal 2008 mit 106,9 Mrd EUR. Die Zuwächse der Forderungen wurden zur Gänze im ersten Quartal realisiert und jene der Verbindlichkeiten fast ausschließlich im dritten Quartal, sodass sich die Nettoforderungsposition zwischenzeitlich bis auf knapp 88 Mrd EUR im zweiten Quartal 2011 erhöhte.

#### 5 Investmentfonds: Anleger reagierten auf das schwierige Umfeld mit Verkäufen

Die Anleger reagierten auf das schwierige Wirtschaftsumfeld und die stark nachgebenden Kurse mit Verkäufen. Zu Jahresbeginn 2011 beeinflussten die Ereignisse in Japan sowie die politischen Unruhen im Nahen Osten und in Nordafrika die Entwicklung der Märkte. Im weiteren Jahresverlauf waren vor allem die sich verschärfenden Staats-

Grafik 5

### Auslandsgeschäft der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

schuldenkrisen marktbeeinflussend. Bonitätsherabstufungen hoch verschuldeter Länder und aufkeimende Ängste vor Wachstumseinbrüchen lösten ab August einen massiven Verkaufsdruck auf den internationalen Märkten aus.

Dies drückte sich in einer negativen Performance aus. Von Anfang Jänner bis Ende September 2011 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von  $-3,2\%$ . Dabei verzeichneten Aktienfonds Kursverluste von  $19,6\%$ , Mischfonds ein Minus von  $3,7\%$  und Hedgefonds ein negatives Ergebnis von  $2,5\%$ . Die Kategorie Sonstige Fonds, die allerdings nur ein sehr geringes Volumen aufweist, zeigte nach den Aktienfonds mit  $-10,7\%$  das schlechteste Ergebnis. Eine sehr gute Performance konnten mit  $+2,7\%$  die Immobilienfonds erreichen, gefolgt von den Rentenfonds mit  $+1,9\%$  und den Geldmarktfonds (im Sinn der EZB-Verordnung 2011/12) mit einem Plus von  $1,0\%$ .

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Risiken verhielten sich die Fondsmanager risikominimierend, verkauften Aktien und Investmentzertifikate und bauten Cash-Bestände auf. Die Anleger ihrerseits reagierten mit Anteilsverkäufen und waren mit Neuinvestitionen äußerst zurückhaltend.

Trotz Finanzmarkturbulenzen kam es in den ersten drei Quartalen 2011 nur zu einer Abnahme von zwei Fonds, sodass die 30 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften per Ende September 2011 2.201 Investmentfonds verwalteten.

Nach einem Anstieg von 9,07 Mrd EUR ( $+6,6\%$ ) im Gesamtjahr 2010 verringerte sich das Fondsvolumen (inklusive Fonds-in-Fonds-Veranlagungen) in den ersten drei Quartalen 2011 um 8,49 Mrd EUR ( $-5,8\%$ ). Verantwortlich dafür waren überwiegend Bewertungs-

verluste und Reklassifikationen in Höhe von 7,16 Mrd EUR. Die transaktionsbedingten Abflüsse betragen 1,33 Mrd EUR.

Während im gesamten Euroraum im ersten Halbjahr 2011 die Abnahme des Fondsvolumens wesentlich geringer war als in Österreich, zeigte sich im dritten Quartal ein gegenläufiges Bild. Von Anfang Jänner bis Ende September betrug die Abnahme im Euroraum  $5,6\%$ , während die Abnahme in Österreich mit  $5,8\%$  geringfügig höher ausfiel. Per Ende September 2011 betrug der Anteil des Fondsvolumens österreichischer Fonds am Euroraum  $2,1\%$ .

Bis zum dritten Quartal 2011 wurden sowohl Veranlagungen im Inland als auch im Ausland abgebaut. Demgegenüber wurden die Cash-Bestände stark aufgestockt. Rentenwerte wurden im Inland mit 0,50 Mrd EUR bzw.  $3,1\%$  aufgebaut, während die ausländischen Rentenwerte um 1,25 Mrd EUR bzw.  $2,0\%$  reduziert wurden.

Zeigte sich bei den Investitionen in Substanzwerten bis Jahresmitte 2011 noch eine vorsichtig positive Einschätzung der Fondsmanager, so wurden im dritten Quartal Aktien und Investmentzertifikate stark abgebaut. Insgesamt wurden von Jahresbeginn bis Ende September inländische Aktien um  $9,3\%$  ( $+0,35$  Mrd EUR) aufgestockt, während Auslandsaktien um  $5,6\%$  ( $-0,87$  Mrd EUR) abgebaut wurden. Massiv reduziert wurden Veranlagungen in Investmentzertifikate. Ausländische Investmentzertifikate wurden um 1,56 Mrd EUR ( $-8,4\%$ ) und inländische Investmentzertifikate um 2,04 Mrd EUR ( $-8,5\%$ ) rückgeführt.

Relativ hohe Investitionen konnten bei inländischen Immobilien- und Sachanlagevermögen ( $+0,29$  Mrd EUR bzw.  $+20,2\%$ ) festgestellt werden, während im Auslandsbereich keine neuen Veranlagungen erfolgten.

Sehr stark wurde mit 3,19 Mrd EUR (+51,3%) der Cash-Bestand aufgestockt.

Unter Ausklammerung der Fondsin-Fonds-Veranlagungen<sup>2</sup> nahm das konsolidierte Fondsvolumen um 5,72 Mrd EUR (-4,6%) auf 118,07 Mrd EUR ab.

Die Abnahme des konsolidierten Fondsvolumens wurde in den ersten drei Quartalen 2011 überwiegend durch Kursverluste (-4,05 Mrd EUR bzw. -3,3%) verursacht. Verstärkt wurde das negative Ergebnis durch einen Nettokapitalabfluss von 1,68 Mrd EUR bzw. 1,4% (Nettomittelveränderung von -0,64 Mrd EUR und Ausschüttungen von 1,04 Mrd EUR). Insgesamt nahm das konsolidierte Fondsvolumen von Anfang Jänner bis Ende September 2011 um 5,72 Mrd EUR (-4,6%) auf 118,07 Mrd EUR ab und entspricht somit in etwa dem Stand vom ersten Quartal 2005.

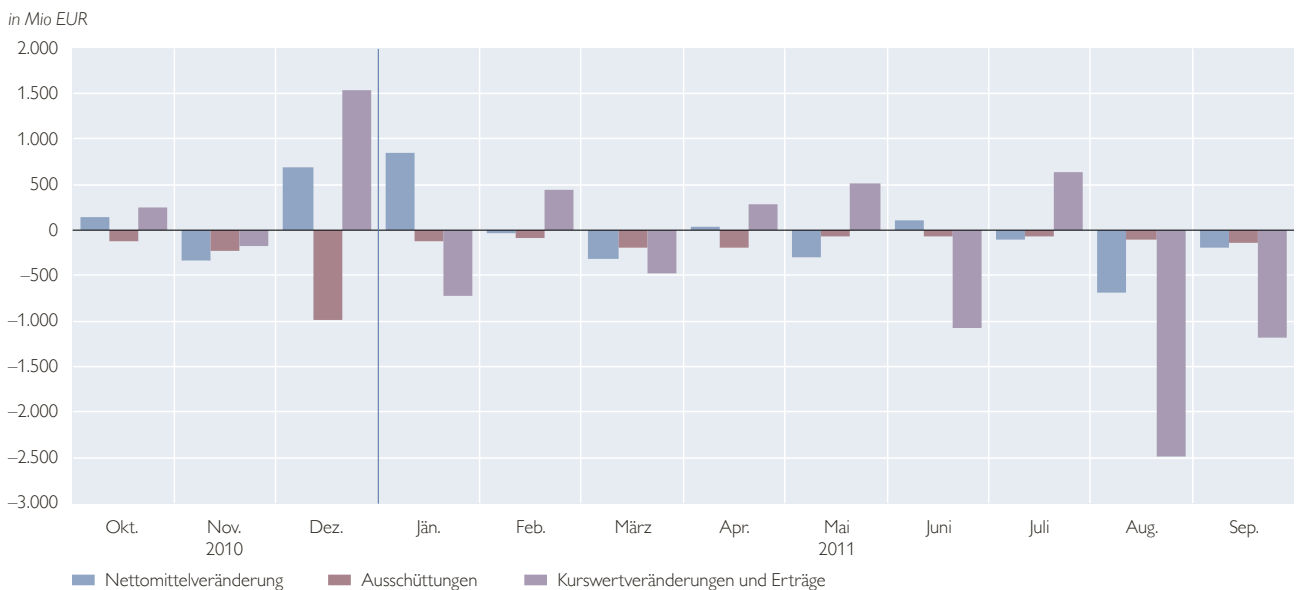
Per Ende September 2011 wurden in den Ländern der WWU (exklusive Österreich) 57,94 Mrd EUR (49,1%), in Ländern der übrigen Welt 29,60 Mrd EUR (25,1%) und im Inland 30,53 Mrd EUR (25,9%) veranlagt.

### 6 Zunehmende Nutzung von Bauspardarlehen

Der Einlagenüberhang bei den Bausparkassen, der Ende 2004 und 2005 rund 4 Mrd EUR betrug, ging im Verlauf des Jahres 2011 von 1,1 Mrd EUR auf unter 0,8 Mrd EUR zurück. Dieser Trend eines zurückgehenden Einlagenüberhangs ging auf stärker steigende Bauspardarlehen zurück, was unter anderem auf die Einschränkung von Fremdwährungskrediten für Private zurückzuführen sein dürfte. Während die Bauspareinlagen seit 2004 um 7,8% auf 19,1 Mrd EUR angestiegen sind, erhöhten sich die Bauspardarlehen

Grafik 6

#### Investmentfonds – Nettomittelveränderung, Ausschüttung und Kurswertveränderung



Quelle: OeNB.

<sup>2</sup> Der Unterschied zwischen konsolidiertem, das heißt effektiv auf dem Markt veranlagtes, Vermögen und dem verwalteten Fondsvolumen ergibt sich durch die von Investmentfonds gehaltenen inländischen Investmentzertifikate.

### Bauspareinlagen und -darlehen

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

um mehr als ein Drittel (+33,8%) auf 18,3 Mrd EUR.

Die Gesamtvertragssumme der Bausparverträge nahm seit Ende 2008 (+8,0% oder 9,0 Mrd EUR) stetig zu und lag Ende September 2011 bei rund 122 Mrd EUR. Dies entspricht einer Veränderung von +1,3% gegenüber dem Jahresende 2010.

Die Anzahl der Bausparverträge ist von 5.457.239 im Vorquartal auf 5.459.849 im dritten Quartal 2011 angestiegen. Die Neuabschlüsse verringerten sich im dritten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 7.168 Stück (-3,6%), gingen von 274.024 im ersten Quartal auf 201.490 im zweiten Quartal zurück und liegen nunmehr bei 194.322 Stück.

Die aushaftenden Darlehen für die neue Kategorie *Bildung und Pflege* haben sich von Ende 2008 bis September 2011 zwar versechsfacht, machen aber mit 31 Mio EUR nur 0,26% der Bauspardarlehen aus.

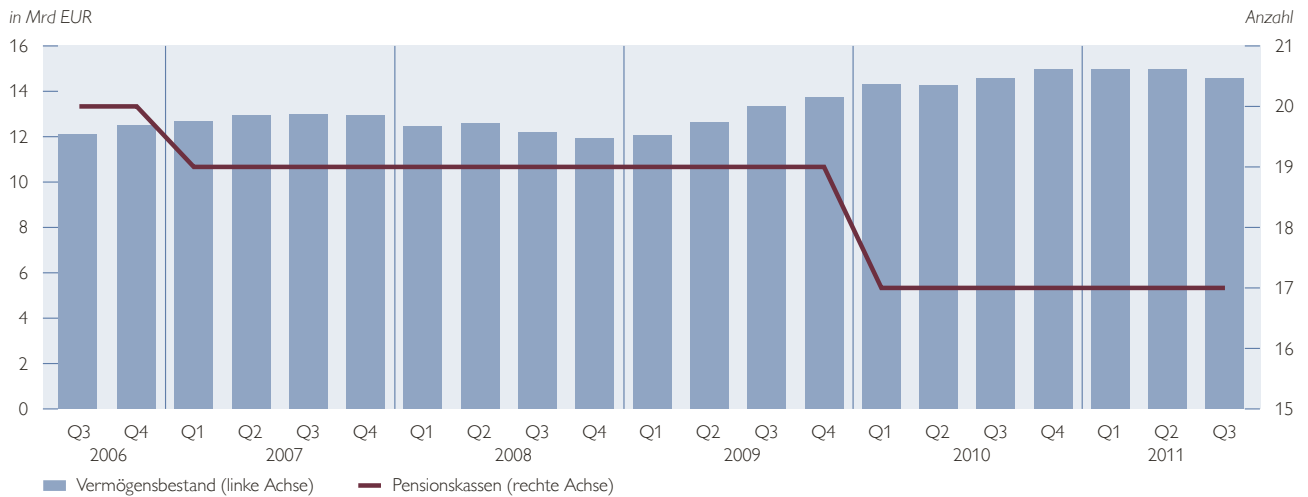
### 7 Volatile Märkte beeinträchtigen Pensionskassengeschäft

Der Vermögensbestand der 17 Pensionskassen verringerte sich seit Ende 2010 um 406 Mio EUR oder -2,7% auf insgesamt 14,6 Mrd EUR. Verantwortlich dafür war die negative Performance der Pensionskassen. Laut Oesterreichischer Kontrollbank (OeKB), die im Auftrag des Pensionskassenverbands die Performance der Pensionskassen berechnet, mussten diese im Jahr 2011 Wertverluste in Höhe von 4,0% verzeichnen. Das entspricht einem Wertverlust von rund 600 Mio EUR. Man kann daher von einem geringen realen Nettomittelzufluss bei den Pensionskassen ausgehen.

Die vorsichtige Veranlagungspolitik der Pensionskassen angesichts der volatilen Märkte zeigte sich im extrem starken Anstieg der Guthaben. Diese erhöhten sich im dritten Quartal 2011 um 59,2% und erreichten mit 467,4 Mio EUR einen 3,2-prozentigen Anteil am gesamten Vermögensbestand.

Grafik 8

### Pensionskassen – Vermögensbestand



Dem Zuwachs der Guthaben bei inländischen Kreditinstituten im Jahr 2011 in Höhe von 45 Mio EUR oder 10,7% und jenem der ausländischen Investmentzertifikate in Höhe von

21 Mio EUR oder 2,0% stand eine Abnahme (nicht zuletzt aufgrund von Wertverlusten) bei inländischen Investmentzertifikaten in Höhe von 415 Mio EUR oder 3,2% gegenüber.

### Ausgewählte Kennzahlen aus dem Bereich der Finanzstatistik

Unkonsolidiert

	Stand Sep. 11	Kumulative Veränderung	
		Q3 11	Q3 10
Anzahl der Hauptanstalten	826	-17	-8
Anzahl der Auslandstöchter (>25%)	105	-2	0
	in Mio EUR	in %	
Bilanzsumme	1.012.484	3,5	-4,5
Direktkredite	315.187	1,3	2,2
Spareinlagen	155.836	-0,3	-2,0
Vermögensbestand Pensionskassen	14.568	-2,5	5,9
Verwaltetes Vermögen Investmentfonds	139.191	-5,8	5,8
	in %	in Prozentpunkten	
Anteil der FW-Kredite an Gesamtkrediten	18,1	0,3	0,3
Anteil der Kredite in JPY an FW-Krediten insgesamt	6,1	0,3	0,4
Anteil der Kredite in CHF an FW-Krediten insgesamt	83,3	-0,6	-0,5
Anteil Auslandsaktiva an der Bilanzsumme	32,8	0,2	1,0
Anteil Auslandspassiva an der Bilanzsumme	25,1	0,7	1,4
Volumen Derivatgeschäfte in % der Bilanzsumme	180,5	8,0	-29,6
Cost-Income-Ratio	59,4	0,8	-2,9
Relation Nettozinsertrag/Betriebsserträge	49,5	3,2	-0,1
Relation Personalaufwand/Betriebsaufwendungen	51,5	1,3	-0,3
Kernkapital unkonsolidiert	14,4	1,4	-0,7

Quelle: OeNB.

Die Bedeutung der inländischen Investmentzertifikate in der Veranlagungspolitik verzeichnete daher einen leichten Rückgang. Per Ende September 2011 verringerte sich der Anteil dieser Anlagekategorie um einen halben Prozentpunkt auf 85,1%. Hingegen

sind die ausländischen Investmentzertifikate im Jahr 2011 um 0,4 Prozentpunkte auf 7,3% gestiegen. Der Anteil von Rentenwerten inländischer und ausländischer Emittenten liegt unverändert bei 2,3%.

# Finanzierungsbedingungen der Banken und Unternehmen leicht verschlechtert

## Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2012

*Die Refinanzierungsbedingungen der österreichischen Banken auf dem Geld- und Kapitalmarkt und im Kundengeschäft haben sich im vierten Quartal 2011 leicht verschlechtert.<sup>2</sup> Darüber hinaus haben die Kreditinstitute im zweiten Halbjahr 2011, in Reaktion auf die bevorstehenden Änderungen der Eigenkapitalbestimmungen, risikogewichtete Aktiva abgebaut. Beides veranlasste – gemeinsam mit einer konjunkturbedingt veränderten Risikoeinschätzung – die Banken im vierten Quartal 2011 zu einer leichten Verschärfung ihrer Richtlinien für Unternehmenskredite. Für Haushaltsfinanzierungen blieben die Kreditstandards im Berichtszeitraum hingegen stabil. Für das erste Quartal 2012 erwarten die Umfrageteilnehmer eine Fortsetzung dieses Trends: eine weitere leichte Verschärfung der Vergaberichtlinien bei Firmenkrediten, denen stabile Standards für Privatkredite gegenüberstehen. Die Kreditnachfrage der Unternehmen sank im vierten Quartal 2011 geringfügig, während die Nachfrage der privaten Haushalte unverändert blieb. Für das erste Quartal 2012 wird ein leichter Rückgang der Kreditnachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten erwartet.*

Walter Waschiczek<sup>1</sup>

Die österreichischen Banken sahen sich in den letzten Monaten des Jahres 2011 mit einer leichten Beeinträchtigung der Refinanzierungsbedingungen auf den Geld- und Anleihemärkten und in Form von Eigenkapital konfrontiert. Darüber hinaus haben sie in der zweiten Hälfte 2011 begonnen, in Reaktion auf die bevorstehenden Änderungen der Eigenkapitalbestimmungen, risikogewichtete Aktiva abzubauen. Beide Faktoren, aber auch die aktuelle Konjunkturlage, haben die Banken im vierten Quartal 2011 zu einer leichten Verschärfung ihrer Richtlinien für Unternehmenskredite veranlasst. Für Haushaltsfinanzierungen blieben die Kreditstandards im Berichtszeitraum hingegen stabil. Das zeigen die Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft im Jänner 2012.

Beim aktuellen Befragungstermin enthielt der Fragebogen einige Zusatzfragen zur Refinanzierungssituation der Banken und deren Effekte auf die Kreditvergabe. Die erste Frage betraf

den Zugang der Banken zu großvolumigen Finanzierungen. Wie bereits bei der letzten Umfrage wurde für das vierte Quartal 2011 eine leichte Beeinträchtigung der Mittelaufnahme auf dem Geld- und Anleihemarkt, in geringerem Ausmaß auch der Verbriefungen konstatiert. Auch bei den Kundeneinlagen, die in der aktuellen Umfrage zum ersten Mal abgefragt wurden, wurden geringfügige Verschlechterungen der Refinanzierungsbedingungen registriert. Zweitens wurden die Banken gefragt, inwieweit die aktuellen Spannungen auf den europäischen Staatsanleihemärkten ihre Refinanzierungssituation beeinflusst haben. Dabei zeigte sich, dass das direkte Engagement der Banken in Staatsanleihen zwar keinen Effekt hatte, aber die Kursrückgänge der Staatstitel, die als Sicherheit für großvolumige Finanzierungen hinterlegt werden können, zu einer leichten Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen führten. Die dritte Frage galt den bevorstehenden Änderungen

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, walter.waschiczek@oenb.at.

<sup>2</sup> Dem stand eine Ausweitung der den Banken im Rahmen der unkonventionellen Maßnahmen der Geldpolitik zur Verfügung gestellten Liquidität gegenüber.

der Eigenkapitalbestimmungen<sup>3</sup> und bezog sich nicht nur auf das letzte Quartal, sondern auf das gesamte zweite Halbjahr 2011. Auf die neuen Kapitalanforderungen haben die Banken mit einer Reduktion ihrer risikogewichteten Aktiva reagiert, während sich die Eigenkapitalposition der befragten Institute infolge einer ungünstigen Gewinnlage per saldo leicht verminderte.<sup>4</sup> Für das erste Halbjahr 2012 erwarten die Umfrageteilnehmer eine weitere leichte Verminderung der risikogewichteten Aktiva und eine Erhöhung der Eigenkapitalposition.

Sowohl der verringerte Wert der Staatsanleihen, die als Sicherheiten für Finanzierungen zur Verfügung stehen, als auch die höheren Eigenkapitalanforderungen haben dazu beigetragen, dass die Banken ihre Richtlinien für Unternehmens- und Haushaltskredite im vierten Quartal 2011 bzw. im zweiten Halbjahr 2011 leicht verschärft haben. Auch für die erste Jahreshälfte 2012 erwarten die Banken infolge der geänderten Eigenkapitalbestimmungen eine leichte Verschärfung der Kreditrichtlinien.

Die Ergebnisse der Zusatzfragen spiegeln sich in den Antworten auf den regulären Fragebogen wider. Nachdem die *Kreditrichtlinien*<sup>5</sup> im *Firmenkundengeschäft* bereits beim vorangegangenen Umfragetermin erstmals seit mehr als zwei Jahren geringfügig verschärft worden waren, war im vierten Quartal 2011 eine weitere Straffung zu verzeichnen. Von dieser vorsichtigeren Kreditvergabepolitik waren Ausleihungen an Großbetriebe etwas stärker

betroffen als die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Als Gründe für die geänderten Kreditstandards nannten die Banken – analog zu den Ergebnissen der Zusatzfragen – sowohl die Eintrübung ihrer Finanzierungsbedingungen auf dem Geld- oder Anleihemarkt als auch eine veränderte Risikoeinschätzung im Hinblick auf die allgemeinen Konjunkturaussichten, aber auch branchen- oder firmenspezifische Faktoren. Für die ersten drei Monate des Jahres 2012 erwarten die Umfrageteilnehmer in Summe eine weitere leichte Verschärfung der Kreditvergabestandards.

Parallel zu der zurückhaltenden Ausrichtung der Kreditpolitik zogen auch die *Kreditbedingungen*<sup>6</sup> im vierten Quartal 2011 leicht an. Für Kreditnehmer aller Bonitäten wurden die Zinsspannen leicht angehoben – bei durchschnittlich riskanten Ausleihungen war dies die erste Ausweitung seit mehr als zwei Jahren. Auch bei den meisten anderen der regelmäßig abgefragten Bedingungen für die Vergabe von Firmenkrediten, wie der Kredithöhe, den Sicherheitenerfordernissen, der Fristigkeit und den Zusatz- oder Nebenvereinbarungen, waren leichte Verschärfungen zu verzeichnen; lediglich die Kreditnebenkosten blieben unverändert.

In Bezug auf die *Kreditnachfrage* der Unternehmen verzeichneten die befragten Banken im vierten Quartal 2011 – wie bereits beim vorangegangenen Befragungstermin – einen leichten Rückgang, der Großbetriebe und KMUs gleichermaßen betraf. Sowohl ein ge-

<sup>3</sup> Sowohl „Basel III“ als auch die zusätzlichen bis Juni 2012 zu erfüllenden Eigenkapitalanforderungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde.

<sup>4</sup> Was eine nahezu konstante Kernkapitalquote impliziert.

<sup>5</sup> Kreditrichtlinien sind die internen, schriftlich festgelegten und ungeschriebenen Kriterien, die festlegen, welche Art von Krediten eine Bank als wünschenswert erachtet.

<sup>6</sup> Unter Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen zu verstehen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben.

ringerer Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen sowie für Fusionen und Übernahmen bzw. Unternehmensumstrukturierungen als auch eine verstärkte Inanspruchnahme anderer Finanzierungsquellen – auf dem Kapitalmarkt (Begebung von Schuldverschreibungen und Aktien) ebenso wie die Innenfinanzierung – dämpften die Nachfrage leicht. Für das erste Quartal 2012 wird eine weitere leichte Abflachung der Kreditnachfrage erwartet.

Im *Privatkundengeschäft* wurden die *Kreditrichtlinien* sowohl für Wohnbaufinanzierungen als auch für Konsumkredite im Berichtszeitraum bereits das

sechste Mal in Folge unverändert gelassen, und auch für das erste Quartal 2012 erwarten die Banken keine Veränderung. Bei den *Kreditbedingungen* gab es mit Ausnahme einer leichten Anhebung der Marge für risikoreichere Konsumkredite im vierten Quartal 2011 ebenfalls keine Änderung.

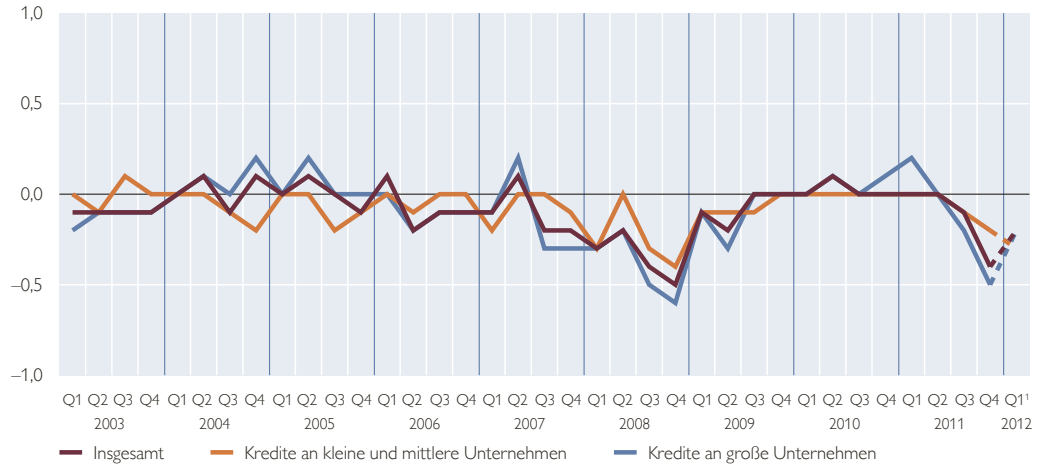
Die *Nachfrage* der privaten Haushalte nach Wohnbaufinanzierungen blieb im vierten Quartal 2011 unverändert, die Nachfrage nach Konsumkrediten war leicht rückläufig. Für das erste Quartal 2012 werden leichte Rückgänge bei der Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnbau- und Konsumkrediten erwartet.

Grafik 1

### Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen

#### Veränderung in den letzten drei Monaten

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert

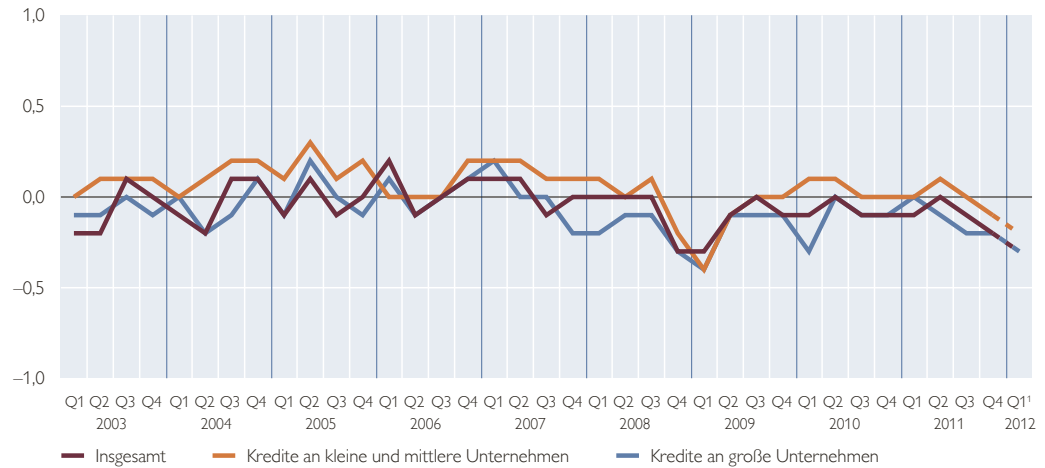


Grafik 2

### Nachfrage nach Krediten durch Unternehmen

#### Veränderung in den letzten drei Monaten

-1 = deutlich gesunken / -0,5 = leicht gesunken / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gestiegen / 1 = deutlich gestiegen

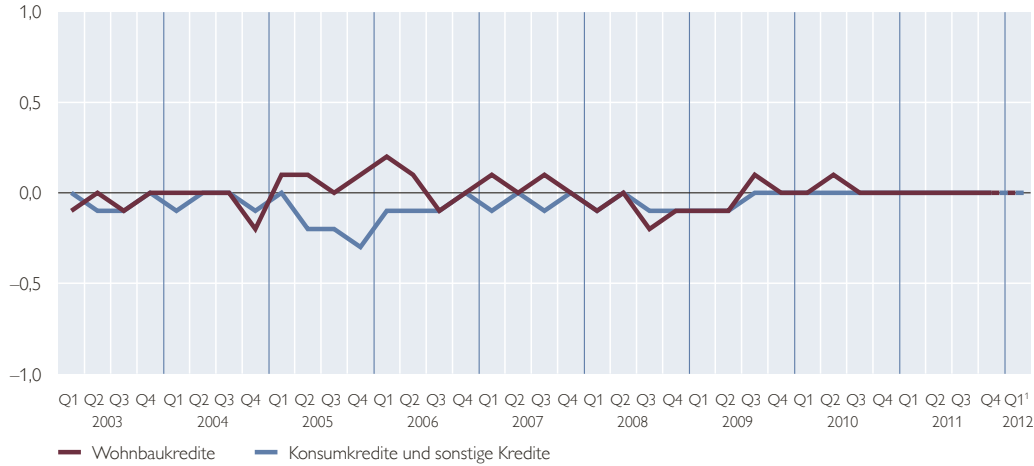


Grafik 3

### Richtlinien für die Gewährung von Krediten an private Haushalte

#### Veränderung in den letzten drei Monaten

-1 = deutlich verschärft / -0,5 = leicht verschärft / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gelockert / 1 = deutlich gelockert



Quelle: OeNB.

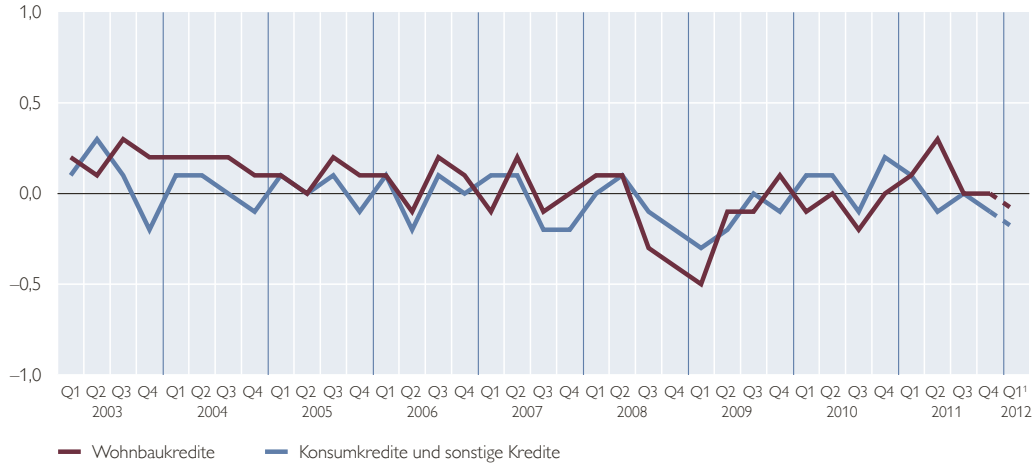
<sup>1</sup> Einschätzung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten.

Grafik 4

### Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte

#### Veränderung in den letzten drei Monaten

-1 = deutlich gesunken / -0,5 = leicht gesunken / 0 = nicht verändert / 0,5 = leicht gestiegen / 1 = deutlich gestiegen



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Einschätzung der Banken für die Entwicklung in den nächsten drei Monaten.

# Gesetzliche Grundlagen und wesentliche Entwicklungen der Zahlungsinstitute

Andreas Schicho<sup>1</sup>

Die Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Services Directive – PSD) bildet den rechtlichen Rahmen für den einheitlichen Zahlungsverkehr im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Ziel ist es, den Wettbewerb zu verbessern, indem Zahlungsverkehrsmärkte für neue Anbieter geöffnet und grenzüberschreitende Zahlungen so einfach und sicher wie Zahlungen innerhalb eines Mitgliedstaats werden. In Österreich gibt es derzeit drei lizenzierte Zahlungsinstitute und 106 Zahlungsinstitute aus Mitgliedstaaten, die im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit in Österreich tätig sind.

## 1 Zahlungsdienstegesetz – Zahlungsinstitute

Mit 1. November 2009 trat das Bundesgesetz *Zahlungsdienstegesetz – ZaDiG* in Kraft und setzt die europäische Richtlinie, die sogenannte Zahlungsdiensterichtlinie (Payment Service Directive – PSD) 2007/64/EG, um. Diese Richtlinie bildet den rechtlichen Rahmen für den einheitlichen Zahlungsverkehr im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und führt eine neue Kategorie von Zahlungsdienstleistern ein, die sogenannten Zahlungsinstitute. Dadurch können erstmals nicht nur Kreditinstitute, sondern auch Nichtbanken unter bestimmten Aufsichts- und Konzessionsbestimmungen (Zahlungsinstitutskonzession) des ZaDiG – und nicht aufgrund einer Bankkonzession nach dem Bankwesengesetz (BWG) – Zahlungsdienstleistungen erbringen. Es findet eine Entkoppelung der Zahlungsdienste von Bankgeschäften statt und Kreditinstitute verlieren ihre bisherige Monopolstellung zur Erbringung von Zahlungsdienstleistungen und müssen sich gegenüber Zahlungsinstituten im Wettbewerb behaupten. Ziel der europäischen Richtlinie ist, ein größeres Angebot und einen stärkeren Wettbewerb zu gewährleisten sowie die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu fördern.

### 1.1 Konzessionspflichtige Zahlungsdienste gemäß § 1 Abs. 2 ZaDiG

- Ein- und Auszahlungsgeschäft
- Zahlungsgeschäft
  - Lastschriftgeschäft
  - Zahlungskartengeschäft
  - Überweisungsgeschäft
- Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung
- Zahlungsinstrumentengeschäft
- Finanztransfergeschäft
- Digitalisiertes Zahlungsgeschäft

### 1.2 Situation in Österreich

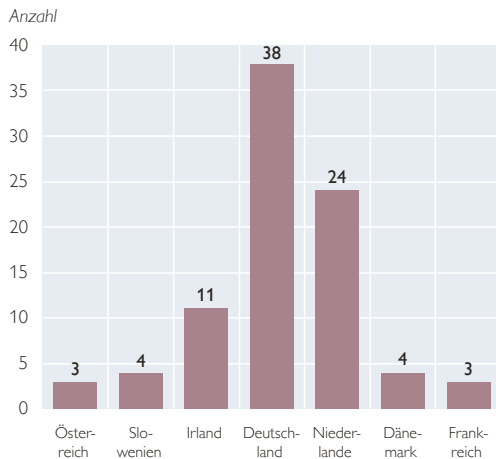
Seit Inkrafttreten des ZaDiG liegt die laufende Überwachung der Zahlungsinstitute in der Zuständigkeit der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der OeNB. Es gibt eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Institutionen. Primäre Aufgabe der FMA ist vor allem die Durchführung von Konzessionsverfahren und behördlichen Aufsichtsverfahren. Die OeNB hingegen ist für die Erfassung und Auswertung von qualitativen Informationen, Vor-Ort-Prüfungen sowie für die behördliche Überwachung von Mängelbehebungen durch Zahlungsinstitute zuständig.

In Österreich gibt es derzeit drei lizenzierte Zahlungsinstitute. Zwei sind zur Erbringung des digitalisierten Zahlungsgeschäfts im Sinn des § 1 Abs. 2 Z 6

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik, andreas.schicho@oenb.at.

Grafik 1

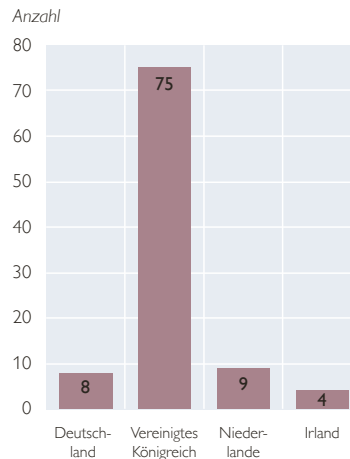
### Lizenzierte Zahlungsinstitute anderer EU-Mitgliedstaaten



Quelle: OeNB.

Grafik 2

### Grenzüberschreitend in Österreich tätige Zahlungsinstitute



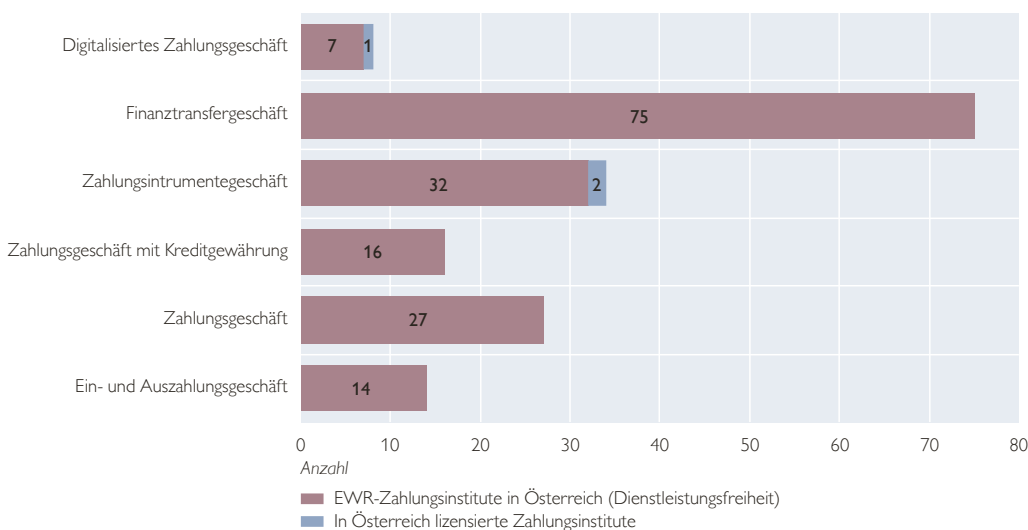
Quelle: OeNB.

ZaDiG berechtigt und eines ist zur Erbringung des Zahlungsinstrumentengeschäfts im Sinn des § 1 Abs. 2 Z 4 ZaDiG berechtigt. Gegenwärtig ist kein österreichisches Zahlungsinstitut in anderen EWR-Mitgliedstaaten gemäß § 13 Abs. 1 ZaDiG tätig.

Derzeit gibt es in Österreich 106 grenzüberschreitend tätige Zahlungsinstitute, die Tätigkeiten im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit ausüben und im Zahlungsinstitutsregister der FMA verzeichnet sind.<sup>2</sup> Davon haben 75 Zahlungsinstitute ihren Sitz im Vereinigten

Grafik 3

### Verteilung der Zahlungsdienste von in- und ausländischen Zahlungsinstituten



Quelle: OeNB.

<sup>2</sup> Stand: 21. Dezember 2011.

Königreich, wovon 67 zur Erbringung von Finanztransfersgeschäften im Sinn des § 1 Abs. 2 Z 5 ZaDiG berechtigt sind, gefolgt von neun Zahlungsinstituten mit Sitz in den Niederlanden, acht Zahlungsinstituten in Deutschland und vier Instituten, die ihren Sitz in Irland haben. Weitere Länder im Zahlungsinstitutsregister sind Frankreich, Belgien, Malta, Litauen, Bulgarien, Schweden, Dänemark, Luxemburg und die Slowakei.

Betrachtet man alle in- und ausländischen Zahlungsinstitute, dominieren die Finanztransfersgeschäfte mit 75 Zahlungsinstituten; davon bieten 56 Institute nur das Finanztransfersgeschäft an und keine anderen Zahlungsdienste. An zweiter Stelle folgt das Zahlungsinstrumentengeschäft mit 32 berechtigten Unternehmen, danach das Zahlungsgeschäft mit 27 Berechtigungen. Das Schlusslicht bildet das Digitalisierte Zahlungsgeschäft mit sieben Zulassungen.

Gemäß § 12 Abs. 2 ZaDiG haben drei Zahlungsinstitute aus EWR-Mitgliedstaaten eine Zweigstelle in Österreich errichtet.

### 1.3 Meldepflichten von Zahlungsinstituten

Gemäß § 15 ZaDiG haben Zahlungsinstitute jederzeit ausreichend Anfangskapital zu halten. Das Mindesteigenmittelerfordernis für Zahlungsinstitute variiert je nach Geschäftsmodell zwischen 20.000 und 125.000 EUR.

1. 20.000 EUR, wenn das Zahlungsinstitut nur das Finanztransfersgeschäft betreibt.
2. 50.000 EUR, wenn das Zahlungsinstitut das Digitalisierte Zahlungsgeschäft betreibt und
3. 120.000 EUR, wenn folgende Zahlungsdienste betrieben werden:
  - a) Ein- und Auszahlungsgeschäfte

b) Zahlungsgeschäfte mit oder ohne Kreditgewährung

c) Zahlungsinstrumentengeschäft

Abgesehen von den Bestimmungen über das Anfangskapital gemäß § 15 Abs. 1 ZaDiG haben die Institute jederzeit mindestens Eigenmittel zu halten, die nach einer der folgenden drei Methoden berechnet werden können.

1. Bei Methode A muss die Eigenmittelunterlegung mindestens 10% der fixen Gemeinkosten des Vorjahres entsprechen.
2. Bei Methode B muss die Eigenmittelunterlegung mindestens ein Zwölftel der Gesamtsumme der von dem Zahlungsinstitut im Vorjahr angeführten Zahlungsvorgänge betragen.
3. Die Methode C stützt sich auf einen maßgeblichen Indikator, der sich aus folgenden Bestandteilen zusammensetzt:
  - a) Zinserträge,
  - b) Zinsaufwand,
  - c) Einnahmen aus Provision und Entgelten sowie
  - d) Sonstige betriebliche Erträge.

Aufgrund § 20 ZaDiG wurden von der FMA die Zahlungsinstitute-Meldeverordnung (ZIMV-V) und die Verordnung über die Anlage zum Prüfbericht (ZAP-V) erlassen. Damit sind Zahlungsinstitute verpflichtet, Informationen zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung, Informationen zur Beurteilung und Überwachung der Risiken, Auskünfte zur Einhaltung der Eigenmittelvorschriften sowie unternehmensbezogene Stammdaten, einen Jahresabschluss und eine Anlage zum Prüfbericht zu melden. Diese Meldungen werden in standardisierter Form auf elektronischem Weg an die OeNB übermittelt. Im Rahmen einer gemeinsamen Datenbank wird der FMA der Zugriff auf die Meldeinhalte ermöglicht.